

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Verschärfung der Lage in Genf

Alarmbereitschaft der Schweizer Truppen —
Sozialistenführer Nicole verhaftet — Generalstreik?

Bern, 10. November.

WTB. Der Bundesrat hat beschlossen, das Dragonerregiment 2 alarmbereit zu stellen. Die Regierung des Kantons Bern hat Alarmbereitschaft der Gebirgsinfanteriebrigade 9 und der Kavalleriebrigade 2 angeordnet.

Die Zahl der Todesopfer ist auf 11 angewachsen. Man zählt über 60 Schwerverletzte.

Genf, 10. November.

Das Justiz- und Polizeidepartement hat den Verkauf der sozialistischen Zeitung „Travail“ in den Straßen verboten.

Vor der Kaserne wurden heute die Truppen ausgeübt. Die Polizei mußte (il) eingreifen. Es wurden Flugblätter verteilt. Auf dem Schauplatz der gestrigen blutigen Zusammenstöße in der Umgebung der Kaserne und des Ausstellungsgeländes herrscht im Moment ein gewaltiger Menschenauflauf.

Zusammenstöße auch in Lausanne — Alarmbereitschaft im Kanton Waadt

Lausanne, 10. November.

WTB. Der Staatsrat des Kantons Waadt hat je ein Artilleriebataillon und ein Kavalleriebataillon in Alarmbereitschaft setzen lassen. Ferner hat er eine Verfügung erlassen, die Versammlungen mit revolutionärem Charakter sowie Ansammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen verbietet. Als nach 10 Uhr abends die Vorgänge in Genf bekannt wurden, hielt der Kommunist Jeanneret-Minkine eine Protestansprache auf der Straße. Hierbei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Léon Nicole verhaftet

Genf, 10. November.

WTB. Der Sozialistenführer Nicole ist heute vormittag wegen seiner Beteiligung an den gestrigen Unruhen und wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verhaftet worden. Nicole hat seiner Verhaftung keinen Widerstand entgegengesetzt. Auch gegen die kommunistischen Führer Lebel und Tronchet wurde Haftbefehl erlassen, der noch nicht ausgeführt werden konnte, weil die beiden Führer nicht aufgefunden werden konnten.

Die Schweizer Sozialdemokratie zu den Vorgängen in Genf

Bern, 10. November.

CNB. Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz erläßt einen Aufruf „An die Arbeiterklasse der Schweiz“, in dem sie gegen die Genfer Vorfälle protestiert. Von den Genfer Arbeitern wird in dem Aufruf erklärt, daß sie „für ihre Rechte und gegen eine durch und durch korrupte Bourgeoisie“ kämpfen. Die „unverbrüchliche Solidarität“ der Partei wird ihnen zugesichert. Eine Abwehraktion wird angekündigt.

WTB. Genf, 11. November.

Der Parteivorstand der Genfer Sozialistischen Partei hat gestern einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Parteivorstand der Genfer Sozialistischen Partei protestiert gegen willkürliche Verhaftung Léon Nicoles, erklärt sich mit ihm solidarisch, indem er ihm sein volles und ganzes Vertrauen ausspricht und verlangt seine sofortige Freilassung.“

Beginnt schon der reformistische Rückzug?

Die Arbeitermassen in Genf, Lausanne und anderen Städten verlangen stürmisch den Generalstreik aller Arbeiter gegen das

blutige Massaker und gegen den offenen Bürgerkriegsmarsch der Reaktion.

In Genf und Lausanne sind auf die Ankündigung, daß sich die Partei- und Gewerkschaftsvorstände über die Frage des Generalstreiks beraten, die Bauarbeiter sofort in den Streik getreten.

Nun aber scheint die reformistische Bürokratie schon zu bereuen, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Genf, 10. November.

WTB. Die Nachricht, daß in Genf bereits der Generalstreik beschlossen sei, wird von dem schweizerischen Gewerkschaftsbund als unrichtig bezeichnet. Die Frage der Proklamation eines Streiks steht erst heute zur Beratung.

In seiner Sitzung am Donnerstag hat der Vorstand der Genfer Sozialistischen Partei beschlossen, den Samstag als Trauertag zu betrachten, die Arbeitsniederlegung jedoch nicht als obligatorisch zu erklären. Dadurch ist die Gefahr eines Generalstreiks abgewandt worden.

Je mehr die Einzelheiten von den blutigen Vorgängen in Genf bekannt werden, desto deutlicher zeigt sich auch, daß es sich hier um einen wohl vorbereiteten Ueberfall der seit jeher als besonders reaktionär bekannten schweizerischen Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse handelt. Seit langem kämpft das Proletariat gegen eine beispiellose Korruption der bürgerlichen Herrschaft in der Stadtverwaltung von Genf. Die Versammlung, die den äußeren Anlaß zu den Zusammenstößen gab, war von der ganz faschistisch eingestellten „Union nationale“ einberufen zu dem Zweck, die bürgerliche Korruption zu decken und eine geschlossene Front der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu schaffen. Dagegen erhob sich der leidenschaftliche Protest der ganzen Genfer Arbeiterschaft.

Die ganz unter der Führung der schwärzesten Reaktionäre stehende Militärverwaltung der schweizerischen Militärschulen hat sich nicht nur sofort auf die Seite der korrupten Bourgeoisie gestellt, sondern planmäßig das Massaker vorbereitet. Schon am Tage vor dem Stattfinden der Versammlung in Genf wurde die 600 Mann starke Rekruten-Schule von Lausanne nach Genf verlegt und dann offensichtlich nach vorheriger Verab-

redung mit der Polizeiverwaltung auf die demonstrierenden Arbeiter losgelassen.

Natürlich setzten sich dagegen die Arbeiter zur Wehr. Es ist die übliche reaktionäre Heuchelei, wenn jetzt die ganze bürgerliche Presse in der Schweiz wie in der übrigen Welt schreibt, daß die Arbeiter die Truppen angegriffen und sie zur Abwehr „gezwungen“ hätten. Es kennzeichnet die Schärfe des Klassengegensatzes auch in der „demokratischen“ Schweiz, daß die gesamte bürgerliche Presse in geschlossener Phalanx eine wilde Hetze gegen die Arbeiterschaft betreibt und daß sowohl der Schweizerische Bundesrat wie auch die einzelnen Kantonsverwaltungen mit dem Einsatz ganzer Infanterie-, Artillerie- und Kavallerie-Brigaden gegen die Arbeiterklasse vorgehen.

Wie aus einzelnen Meldungen zu ersehen ist, haben die Arbeitermassen sehr schnell begriffen, daß hiergegen nur mit den schärfsten Gegenmaßnahmen, mit dem schweizerischen Einheits- oder proletarischen Kampf, mit dem Generalstreik geantwortet werden muß. Aber schon zeigt es sich, daß, wie immer, die reformistische Führung vor dem konsequenten Kampf zurückweicht. Hoffentlich aber sind die revolutionären Kräfte in der Arbeiterschaft stark genug zur Ueberwindung der reformistischen Kampfabotage.

Schurkerei des „Vorwärts“ gegen die Genfer Arbeiterschaft, wie gegen seinen Genossen Nicole

Eine bodenlose Niedertracht gegen die Genfer Arbeiterschaft, wie gegen seinen eigenen Genossen Nicole leistet sich der „Vorwärts“, Berlin. Er schreibt in seiner Donnerstagabend-Ausgabe:

„Das Zusammengehen mit den Kommunisten und die Anwendung ihrer Methoden hat der von einem Nationalbolschewisten verheizten Genfer Arbeiterschaft bis jetzt 12 Todesopfer und 40 Verwundete gekostet.“

Sozialdemokratische Arbeiter, was sagt ihr dazu? Der „Nationalbolschewist“ ist nämlich euer Genosse Nicole, mit dem sich der SP-Vorstand in der Schweiz vollkommen solidarisiert.

Reichsrat tagt ohne Ergebnis

Nach einer Pause von mehreren Monaten trat am Donnerstagabend der Reichsrat wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Die erwartete Auseinandersetzung zwischen den Vertretern des Reiches und der abgesetzten preussischen Regierung kam jedoch nicht zustande. Ministerialdirektor Brecht begnügte sich mit einer Erklärung, in der die Regierung Otto Braun erneut die Forderung erhob, die Reichsregierung möge die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in loyaler Weise durchführen. Reichsinnenminister von Gayl antwortete, die ganze Angelegenheit gehöre nicht vor das Forum des Reichsrats. Es müsse eine Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und dem preussischen Staatsministerium zustande gebracht werden. Nach belanglosen Erklärungen der Vertreter Bayerns, Württembergs und einiger anderer Länder wurde die Sitzung vertagt.

Papen bei Hindenburg

WTB. Berlin, 10. November. Reichspräsident von Hindenburg nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers von Papen über die

Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Herr Reichspräsident betonte, daß er an dem zur Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichskanzler, in Besprechung mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.

Diamantenschleifer-Streik

In Oberstein an der Nahe (Rheinld.) streiken seit einer Woche die Diamantenschleifer in einer Anzahl von Betrieben, weil die ihnen vor 14 Tagen gewährte zehnprozentige Lohnerhöhung wieder genommen werden sollte. Am 9. November kam es zu scharfen Zusammenstößen mit einigen Streikbrechern.

Ungarn

Das Land der armen Bauern und der reichen Grafen

Von Walter Pöppel

Ungarn ist Königreich; doch vorläufig fehlt noch der König. Ihn ersetzt bis auf weiteres der Reichsverweser Horthy, Großgrundbesitzer aus Kenderes. Die Großgrundbesitzer, die Erzbischof und Grafen sind auch die Herren des Landes. Sie herrschen unumschränkt. 1919 haben sie die Faust der Ausgebeuteten, des verelendeten Land- und Stadtproletariats gespürt. Die Räterepublik drohte ihrer ganzen feudalen Herrlichkeit für immer ein Ende zu bereiten. Doch noch einmal gelang es diesen „nationalsten“ der ungarischen Nationalisten, mit Hilfe des rumänischen Landesfeindes die Räterepublik zu stürzen. Der 16. Terror feierte Orgien. Mit Blut und Gefängnis, mit Terror und dem Säbel der Gendarmen wird auch heute noch die ungarische „Demokratie“ reguliert. Denn Ungarn ist ein „demokratisches Königreich“. Ober- und Unterhaus bilden die demokratische Maske. Wahlen finden regelmäßig statt, aber jede Opposition wird rücksichtslos unterdrückt. In den Dörfern sind die Wahlen öffentlich, und wehe, wer sich der mit Bier, Wein und Kuchen betriebenen Wahlpropaganda der Großgrundbesitzer, nicht erkenntlich zeigt, das Zuckerbrot der Wahlpropaganda wird dann ergänzt durch den Terror der Großen und ihrer Lakaien. Wie zum Hohn steht am Donaukanal in Budapest der imposante, gotische Prachtbau des „größten Parlamentsgebäudes Europas“.

Ungarn ist das Eldorado der Großgrundbesitzer, und diese ungarischen Magnaten verstehen ihre Profitinteressen zu wahren. Sie haben es aber auch notwendig, dies mit aller Brutalität zu tun, denn diesen rund 1100 Großgrundbesitzern und ungefähr 10.000 Mittelgrundbesitzern stehen 840.000 Kleinbauern und über eine Million Landarbeiter gegenüber. Aber die ersteren, gleich 1,3 Prozent der Eigentümer, verfügen über 50 Prozent des Bodens, besitzen also genau so viel wie die übrigen 98,7 Prozent zusammen. Diese Zahlen offenbaren mit aller Deutlichkeit die soziale Struktur Ungarns, zeigen aber auch zugleich das Kernproblem des Landes, die Agrarfrage. Die Hälfte des Landes gehört einigen tausend Großgrundbesitzern, die aus dem ungeheuren Elend und der brutalen Ausbeutung der Kleinbauern und Landarbeiter riesige Agrarprofite ziehen. Den Staatsapparat haben sie fest in der Hand; mit Hilfe von Steuern und Gendarmen arbeitet er im Interesse ihres Profits. Um nur eine der brutalsten Steuern anzuführen: die Mahlsteuern! Bevor der Bauer sein Korn mahlen läßt, muß er für den Doppelzentner 12,5 Pengö Steuern entrichten. (1 Pengö sind ungefähr 73 Pf.) 12,5 Pengö ist genau soviel, wie der Preis des Getreides beträgt! Also muß der Bauer sein, von ihm selber produziertes Getreide sich selber abkaufen, bevor er es für seinen eigenen Bedarf verwertet, nur 2 Doppelzentner im Jahre sind steuerfrei. Daneben trifft auch der, durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Zollmauern der übrigen Staaten hervorgerufene Absatzmangel der Kleinbauern ganz besonders. Der Bauer kann seine Erzeugnisse nicht absetzen, kann deshalb weniger als sonst seinen Steuerverpflichtungen nachkommen. Hinter dem Gendarmen kommt dann der Gerichtsvollzieher. Zwangsversteigerungen sind an der Tagesordnung. Erbarmungslos nimmt der von den Magnaten beherrschte Staat auch das Letzte. Kein Wunder, daß die Stimmung dieser Bauern von einem tiefen Haß gegen die herrschende Klasse, gegen die regierenden Grafen und Großgrundbesitzer erfüllt ist.

Noch schlechter als den Kleinbauern geht es den Landarbeitern. Im Sommer müssen sie von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, das bedeutet von 4–5 Uhr morgens bis ungefähr 8 Uhr abends, für den Großgrundbesitzer schuften. Und das für durchschnittlich 80 Filler pro Tag. (10 Filler = 7,3 Pfennige.) Hinzu kommt, daß gerade diese Landarbeiter am meisten allen Schikanen, allem Terror und den brutalen Antriebsmethoden ihrer „Herren“ ausgesetzt sind. Im Bunde mit den Ausbeutern steht die Kirche. Religion und Pfaffen sind gerade hier bei dem primitiv eingestellten Bauern und Landarbeiter ein wirksames Mittel, um sie etwas mehr am Gängel-

hände zu halten. Die Pfaffen spielen in den Dörfern noch eine ausschlaggebende Rolle, und in der Kornwinde und Rüblandbetriebe sind sie die Führer.

Ungarn ist Agrarland. Die Industrie ist noch schwach und spielt außerhalb von Budapest keine Rolle. Demzufolge ist auch das Industrieproletariat eine noch relativ kleine Schicht des ungarischen Volkes. Neben 250.000 in Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeitern gibt die offizielle Statistik noch 48.000 Bergarbeiter an. Ihre Lage ist, obwohl besser als die der Landarbeiter, schlecht genug. Die Arbeitszeit beträgt 10-12 und noch mehr Stunden. Die Löhne sind ungeheuer tief. Sie schwanken in Budapest z. B. um 20 Pengő pro Woche, vielfach sind sie noch erheblich tiefer. In den Kohlenbezirken von Gran beträgt der Höchstlohn für einen Hauer pro Schicht im Akkord 1 Pengő. Die Schicht dauert 8 Stunden, beginnt aber erst am Ort, beträgt also in Wirklichkeit 9 bis 10 Stunden. In die Arbeiter beträgt der Höchstlohn ungefähr 2,50 Pengő pro Schicht, und das auch bei einer Arbeitszeit von mindestens 10, teilweise aber auch 12-16 Stunden. Organisationen der Arbeiter, Gewerkschaften, spielen hier keine Rolle. Die Löhne setzt der Unternehmer nach Belieben fest. Unter den Arbeitern selber wirken Schmutzsystem und Arbeitslosigkeit desorganisierend. Arbeitslosenunterstützung gibt es außerhalb von Budapest nicht.

Wie bei den Bauern, so ist in noch stärkerem Maße bei den Arbeitern eine unklare, gefühlsmäßige revolutionäre Stimmung, ein gewaltiger Haß gegen die „Großen“ vorhanden. Aber es fehlt die klare Führung einer revolutionären Partei. Die Arbeiterorganisationen sind schwach, die kommunistische Partei, seit 1919 verboten, vom weißen Terror dezimiert, kann nur unter schwierigsten Verhältnissen illegal arbeiten, und die stalinistische Zickzack-Politik ist der revolutionären Arbeit nicht gerade förderlich. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben in Ungarn noch weniger wie in Deutschland auch nur den Anschein einer revolutionären Bewegung. Teilweise haben sie sogar den weißen Terror toleriert. Aber selbst vom reformistischen Standpunkt gesehen, haben sie kläglich versagt. Um die gerade für Ungarn wichtigste Frage, die Organisation der armen Bauern und Landarbeiter, haben sie sich z. B. nie gekümmert.

Wohl selten ist in einem Lande die Kluft zwischen oben und unten so tief wie in Ungarn. Wohl selten ist auch die herrschende Klasse so wenig im Volke verankert wie hier. Nur auf sich selbst und ihre Lakaien gestellt, ohne jede Massenbasis, wie es z. B. in Deutschland die Nazi, der Stahlhelm oder auch die bürgerlichen Parteien darstellen, stehen diese 1000 Junker über dem Volke. Uebelste, ziemlich offen betriebene Korruption hat ihr Ansehen nicht gerade gefördert.

Wo ist nun der Ausweg aus dieser Hölle der Junkerdictatur? Es gibt nur einen Ausweg, die siegreiche ungarische Revolution und die Errichtung der Diktatur der Arbeiter und Bauern. Doch diesen Ausweg zu beschreiben, hängt nicht allein von der weiteren Entwicklung in Ungarn, sondern viel mehr von der Entwicklung der gesamten europäischen und damit vor allem von der Entwicklung der deutschen Revolution ab. Deutschland ist heute nicht nur der wirtschaftliche, kulturelle und politische Mittelpunkt Europas, Deutschland ist auch der Zentralpunkt der europäischen Revolution.

Auch der ungarische Arbeiter und Kleinbauer hofft darauf, daß es in Deutschland „losgeht“. Er hofft auf das deutsche Proletariat und kann es nicht begreifen, wenn man ihm darlegt, wie aktionsunfähig das deutsche Proletariat gegenwärtig noch ist. Gerade im Ausland, und nicht nur in Ungarn, merkt man mit aller Deutlichkeit, wie die Schwäche der deutschen Arbeiter auch die Aktionsfähigkeit des Proletariats der anderen Länder hemmt. Gigantisch ist hier die Schuld der SPD und auch der KPD, die für diese Schwäche der deutschen Arbeiterklasse verantwortlich sind. Die Sozialdemokratie hat mit ihrer Koalitions- und Tolerierungspolitik nicht nur dem Faschismus in Deutschland den Weg geebnet, sondern sie hat auch die Stellung des weißen Terrors in Ungarn, genau so wie in Jugoslawien und Italien gefestigt. Ist die wichtigste Kampftruppe der internationalen Revolution, die deutsche Arbeiterschaft, kampfunfähig, so bedeutet das Verlängerung des Lebens der faschistischen Diktaturen und des weißen Terrors.

Könnte man von einer in ihrer Führung offen konterrevolutionären Partei, wie es die SPD ist, keine revolutionäre Politik verlangen, so wächst um so mehr die Schuld der KPD und der Komintern. Sie, die eigentliche Erbin der revolutionären Traditionen und Erfahrungen des deutschen und des russischen Proletariats, hat kläglich versagt. Ihre Politik hat die revolutionäre Armee desorganisiert und in die Irre geführt. Um so größer ist nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Bedeutung der SAP. Ihre Aufgabe wird es sein, die proletarische Front wieder auszurichten und die Aktionsfähigkeit der wichtigsten Heeresgruppe der internationalen Revolution wieder herzustellen. Sind wir heute noch so schwach, um den direkten Kampf der Arbeiter zu leiten, so ist es um so mehr unsere Pflicht, mit klaren und richtigen Parolen den Weg aufzuzeigen, der zu gehen notwendig ist. Liegt die organisatorische Führung des deutschen Proletariats zum größten Teil noch in den Händen der Reformisten und auf der anderen Seite in den Händen einer unfähigen KPD-Bürokratie, so ist es vor allem unsere Aufgabe, dem Proletariat die klare ideologische Führung im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehren wiederzugeben.

Parlamentarischer Kretinismus der SPD

„Schärfster Kampf gegen Papen“ durch — Parlamentskritik

Der „Vorwärts“ meldet: „Der Parliamentsausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich am Donnerstag nach einem Referat von Otto Wels mit der durch den Ausfall der Reichstagswahl geschaffenen politischen Lage. Es herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß es für die Sozialdemokratie nur schärfsten und rücksichtslosen Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre volkfeindlichen Pläne gebe.“

Es wird weiter mitgeteilt, daß die Regierung den neuen Reichstag erst den 6. Dezember einberufen wolle, daß aber das Ziel der Sozialdemokratie war, eine viel frühere Parlamentsberufung herbeizuführen. Jedoch — so wird im „Vorwärts“ lang und breit auseinandergesetzt — dazu müsse erst die amtliche Zusammensetzung des neuen Reichstages festgesetzt sein, was mindestens 25 Tage dauere, so daß der Reichstag erst Anfang Dezember zusammenberufen könnte. Im wunderbaren „Kampf“! Es heißt dann weiter:

„Der stärkste Stoß (1) gegen die Papen-Regierung wird aber durch eine im Reichstage selbst erhobene Kritik (2) an ihrer von Mißerfolgen reichen Politik geführt werden.“

Heber diese „Stöße“ der SPD wird sich Herr von Papen schon jetzt lustig machen. Jeder Schultze weiß heute, daß die Kritik im Reichstag, ja selbst die Abstimmungen

gegen Papen völlig wertlos sind und daß daher die ganze „Kampfansage“ der SPD leeres Theater ist. Sie holte beim Verkehrsstreik in Berlin und vielen anderen Anlässen Gelegenheiten gehabt und hatte sie jeden Tag aufs neue, die Papen-Regierung wirklich zu bekämpfen durch Führung und Unterstützung außerparlamentarischer Massenkämpfe. Aber das will die SPD nicht. Ihr „Kampf“ beschränkt sich lediglich auf schöne Phrasen in und außerhalb des Parlaments. Aber selbst das gesteht ihr die Papen-Regierung nicht mehr. Wenn die Parlamentsvertreter zu viel reden, dann werden sie schleunigst durch eine neue Auflösung wieder nach Hause geschickt und — die SPD wagt mit steigendem Erfolg — immer wieder.

Der „Kampf gegen Papen“ wird jetzt auch erneut aufgenommen durch die SPD-Landtagsfraktionen in Preußen. Sie hat ihren „Minuten“ Severing und Braun das „volle Vertrauen“ ausgesprochen und ihnen feierlich „weitere treue Gefolgschaft“ gelobt. Man will jetzt die Vorgänge vom 20. Juli vor einem Landtagsausschuß untersuchen und behandeln lassen. Die SPD-Führer haben sich wohl immer noch nicht genügend blamiert. Sie wollen sich immer wieder aufs neue, wie vor dem Staatsgerichtshof, ihre Unfähigkeit und ihr lapidares „Zurückweichen vor der Gewalt“ öffentlich bestätigen lassen.

Hamburger Wahlbetrachtungen

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Hinter uns liegen Tage, da die politischen Empfindungen der Massen durch die Wahl aufgeführt waren. Die Hamburger SAP kann von sich sagen, diese Zeit äußerst ausgenutzt zu haben. Nicht nur, daß mit den Genossen Rosenfeld und Seydewitz sehr gut besuchte Wahlversammlungen durchgeführt wurden, sondern auch die Flugblattarbeit, die Plakatierung und Standarten vor den Wahllokalen war in allen Distrikten gut erledigt worden. Die Organisation hat bewiesen, daß sie trotz so unzulänglicher finanzieller Mittel große Opfer bringen kann und ihre Kräfte voll einsetzt. So hat sich denn diese Tatsache auch im Wahlergebnis im Staatsgebiet Hamburg ausgewirkt. Hamburg hat seine Wählerzahl fast halten können. Damit ist bewiesen, daß die einmal für die SAP rekrutierten Wähler fest zur Partei halten und gewiß in Zukunft weit über ihren Rahmen hinaus für uns wirken werden. Andererseits sind im Reiche allgemein größere Verluste unserer Stimmen eingetreten. Hamburg kann auf ganz geringe Abwanderung zurückblicken.

Sehen wir aber von unserer Partei ab und betrachten die Klassenlage in Hamburg, so hat diese Reichstagswahl sehr viel erfreuliche Aussichten für das Hamburger Proletariat gezeigt, die aber leider bei der heutigen Einstellung der beiden großen Arbeiterparteien ungenutzt gelassen werden.

Die Wahlbeteiligung war in Hamburg nur 1 Prozent niedriger als bei der Juli-Wahl. Während nach der Wahl vom 31. Juli 1932 Hamburg keine Mehrheit der Arbeiterstimmen hatte, hat sich bei dieser November-Wahl herausgestellt, daß eine solche erobert ist. Die SPD, die trotz allem wieder die stärkste Partei in Hamburg ist, rekrutierte 218.128 Wähler, die KPD 166.665, mit uns zusammen also

385.516 Wähler, die sich zu den proletarischen Parteien bekannten.

Demgegenüber stehen alle anderen Parteien mit nur 366.451 Wählern hinter sich. Würde sich dies Ergebnis in Mandaten der Hamburger Bürgerschaft ausdrücken, so ständen

Papen will sich mit Braun unterhalten

Berlin, 10. November.

CNB. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler von Papen an den preussischen Ministerpräsidenten Braun heute nachmittag einen Brief geschrieben, in dem er sich ihm für eine persönliche Aussprache über die Fragen zur Verfügung stellt, die in dem bekannten Schreiben Dr. Brauns an den Reichspräsidenten behandelt wurden. Der Kanzler hält es also für richtig, zunächst, falls auch Dr. Braun das Bedürfnis dafür hat, den Weg einer persönlichen Aussprache zu wählen.

Neue Personalveränderungen in Preußen

WTB. In der Staatsministerialsitzung der kommissarischen preussischen Staatsregierung vom 10. November d. Js. sind, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, folgende Personalveränderungen beschlossen worden:

47 SPD-Mandate und 35 KPD-Mandate (zusammen also 82 Mandate) 78 bürgerlichen gegenüber. Aus Erfahrung wissen wir, daß diese Macht nicht ausgenutzt würde. Gerade deshalb aber müssen wir es immer wieder der Arbeiterschaft vor Augen führen, um ihr zu zeigen, wie aktionsunfähig die Arbeiterklasse durch das Verhalten der großen Arbeiterparteien wird.

Interessant ist es, zu verfolgen, wie die Nazis, die in Hamburg immer weit unter Reichsdurchschnitt geblieben sind, ihre katastrophalen Niederlagen gerade in Arbeitervierteln bezogen haben. Besonders in Neustadt, St. Pauli und auf der Veddel beträgt ihr gesamthamburgischer Durchschnittsverlust 19 Prozent, so steigt diese Prozentzahl in diesen Vierteln bis auf 25 Prozent. Die Kommunisten sind es, die diese Wähler zu sich gezogen haben. Den Rekord der Hitler-Niederlage hat die hamburgische Stadt Cuxhaven geschlagen, wo sich für die Nazis ein Verlust von 40 Prozent herausstellte.

Die SPD verfügt von insgesamt 35 Stadt- und Landteilen in 17 über die höchste Stimmenzahl, in 7 über die absolute Mehrheit. Bemerkenswert ist, daß es gerade Landgebiet ist, wo sich am häufigsten eine absolute SPD-Mehrheit herausgestellt hat.

Die KPD verfügt nur in 3 Stadtteilen über die höchste Stimmenzahl. Doch sind diese Stadtteile stark bevölkert und proletarisch.

Die Nazis, die in der Juli-Wahl in fast allen Stadt- und Landteilen über die höchste Stimmenzahl verfügten, können diese nur noch in 15 für sich beanspruchen. Diese 15 Stadtteile sind fast ausschließlich Herrschafts- und Mittelstandsgebiete, in denen die proletarischen Parteien nie über große Wahlzahlen verfügt haben.

Mit dieser kleinen Uebersicht können wir Hamburger an sich zufrieden sein. Unsere Aufgabe ist es und muß es bleiben, die bürgerlichen und Nazi-Stimmen ganz aus den Arbeitervierteln Hamburgs zu vertreiben. Wir dürfen nicht ermüden, KPD und SPD immer wieder auf ihre falsche taktische Haltung hinzuweisen und unsere Kampfkraft für einen einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse auszuwerten.

Zum Vizepräsidenten des Polizeipräsidentiums Berlin wurde der bisherige Regierungsdirektor Mosle ernannt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altena beauftragte Regierungsrat Fuchs wurde zum Landrat in Altena ernannt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Habelschwerdt beauftragte Regierungsrat Dr. Poppe wurde zum Landrat in Habelschwerdt ernannt. Der dem Landrat des Kreises Sensburg Dr. Stange erteilte Auftrag zur kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Einbeck wird auf seinen Antrag aufgehoben. Landrat Dr. Stange wird zum Oberregierungsrat bei der Regierung Köslin ernannt.

KPD fordert Landtags-Sitzung am 14. November

Berlin, 10. November.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat der kommunistische Abgeordnete Kasper im preussischen Landtag, nachdem ihm auf Anfrage der Landtagspräsident er-

klärt hatte, daß mit dem Zusammenbruch des Parlaments am Ende November gerechnet werden konnte, nannte seiner Fraktion beauftragt den Landtag für Montag, den 14. d. Mt., einzuberufen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß Präsident Kasper diesem Verlangen der Kommunisten Folge leisten wird, da das Parlament den Parlamenten einzuberufen hat, von sich aus den nächsten Landtagstermin zu bestimmen.

Neue Konflikte in Oldenburg

Lutin, 10. November.

CNB. Vom oldenburgischen Staatsministerium nach heute mittag Bürgermeister Dr. Stoffregen telegraphisch die Aufforderung zum Dispositionsstellung bestätigt. Kurzzeit später ließ der Regierungspräsident in Lutin dem Bürgermeister eine neue Verfügung zustellen, wonach Dr. Stoffregen bis auf weiteres beurlaubt und ihm aufgegeben wird, sich jeder Dienstausübung zu enthalten. Der Bürgermeister hat sofort telegraphisch Beschwerde beim Staatsministerium erhoben.

Straßenkämpfe in Chemnitz

Nach einer Versammlung der SPD im Kaufmännischen Vereinshaus wurden die aus dem Versammlungsort kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen von uniformierten Nationalsozialisten überfallen. Rockschützlungen die SA- und SS-Leute gegen Frauen und Männer vor. Es entwickelte sich ein Handgemenge, in dessen Verlauf auf Seiten der Arbeiterschaft 7 Personen schwer und 24 leicht verletzt wurden. 4 Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Zahl der verletzten Nationalsozialisten ist noch nicht bekannt.

In Lübeck

wird scharf geschossen

Lübeck, 10. November.

Im Anschluß an eine kommunistische Erwerbslosenkundgebung zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl kam es heute mittag am Hafen zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. Die Beamten, die mit Steinen beworfen wurden, schossen scharf und verletzten zwei Kommunisten durch Brustschüsse. Wahrscheinlich sind von den Demonstranten noch mehrere verletzt worden. Es wurden eine Reihe von Sistierungen vorgenommen.

Arbeiter-Demonstrationen in Island

20 Verletzte

Reykjavik (Island), 10. November.

WTB. Während der Sitzung der Stadt-rates, in der die Lohnsätze für die Krisenarbeiter besprochen werden sollten, kam es gestern vor dem Gebäude zu kommunistischen Demonstrationen. Die Demonstranten drangen in den Sitzungssaal ein und verhinderten die Fortsetzung der Verhandlungen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Etwa 20 Polizeibeamte und Kommunisten wurden verletzt.

Furchtbares Zuchthausurteil in Bremen

In dem Prozeß gegen die kommunistischen Urheber des Sprengstoffattentats in Grambke vom 12. Juli, wobei ein Polizeiwachmeister getötet wurde, ist heute nachmittag das Urteil gesprochen worden. Der Hauptangeklagte Förster erhielt acht Jahre Zuchthaus. Fünf weitere Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von 2½ bis 6½ Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Drei Angeklagte sind wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden.

Neue Schreckensurteile

Prenzlau, 9. November.

Das Schwurgericht Prenzlau verurteilte gestern den Leiter des Unterbezirks Finowtal der Kommunistischen Partei, Pils-Finowtal, wegen versuchten Mordes zu fünf Jahren Zuchthaus, den Arbeiter Mehlfeld-Finowtal wegen versuchten Mordes zu vier Jahren einem Monat Zuchthaus, den Arbeiter Sieperl-Finowtal wegen versuchten Mordes zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, Fiedler-Eichhorst wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu neun Monaten Gefängnis und den Pauser Gelhaar wegen des gleichen Vergehens zu drei Monaten Gefängnis.

Gegen die Rachejustiz!

Eine von mindestens 900 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Mitgliederversammlung der SAP Breslau nahm einstimmig folgende Entschloßung an: Die Mitgliederversammlung der SAP Breslau am 10. November 1932, erhebt flammenden Protest gegen die unerhörten Terror-Urteile in den Sondergerichtsprozessen gegen die streikenden BVG-Arbeiter in Berlin. Alle proletarischen Organisationen haben die Pflicht, alle außerparlamentarischen Kräfte geschlossen einzusetzen, um diese und die täglich wachsende Zahl anderer Rechtsurteile der Bourgeoisie gegen das Proletariat so rasch wie möglich zur Aufhebung zu bringen.

Sie habens erreicht

Die intellektuellen Banditen von der braunen Zunft haben mit ihrem Randalieren erreicht, daß Professor Cohn — wie wir eben erfahren — heute seine Vorlesung an der hiesigen Universität über Sachenrecht nicht fortsetzt.

Wir glauben kaum, daß dieser Terror der Nazis, der einen einzigen Schandfleck innerhalb der Geschichte der deutschen bürgerlichen Kultur darstellt, das „Ansehen im Auslande“ fördert.

Und gerade die Nationalisten werfen sich doch immer als Hüter des deutschen Ansehens im Auslande auf, wenn es gilt, den Internationalismus zu bekämpfen.

Nun, uns kann das gleich sein. Bürgerliche Kultur hin, bürgerliche Kultur her. Wir wissen, wie die Fronten aufmarschieren sind. Für uns steht der Feind im eigenen Land.

Winterhilfe des Magistrats

Der Magistrat hat beschlossen, die Winternotstandsmaßnahmen im Winter 1932/33 nach folgenden Richtlinien durchzuführen:

Speisung von Erwachsenen:
Die Speisung soll in größerem Umfange — insbesondere für Einzelpersonen — unter Zuhilfenahme der bereits vorhandenen Speiseeinrichtungen durchgeführt werden.

Ausgabe von Brot:
Wie im Vorjahre soll auch in diesem Winter je Kopf und Woche 2 Pfund Brot gegeben werden. Kinder unter zwei Jahren sollen anstatt Brot Milch erhalten.

Ausgabe von Kohle:
Die Ausgabe wird ebenfalls nach den Richtlinien des Vorjahres durchgeführt.

Speisung von schulpflichtigen Kindern:
a) etwa 1500 Kinder sollen je ein 1. Frühstück,
b) etwa 2100 Kinder sollen je ein 2. Frühstück,
c) etwa 1400 Kinder sollen je ein Mittagessen täglich erhalten.

Eine Erhöhung der Portionszahl ist in Aussicht genommen.
Zuwendungen an nicht schulpflichtige Kinder: Etwa 5800 Kindern soll Freimilch gegeben werden.

Ausgabe von Bekleidung:
Bekleidung wird im Rahmen der verfügbaren Planmittel nach den bisherigen Grundsätzen ausgegeben werden.

Der Magistrat hat den Beginn der einzelnen Notstandsmaßnahmen so eingerichtet, daß der mit der fortschreitenden Jahreszeit zunehmenden Not entgegengetreten werden kann, und er läßt daher die einzelnen Maßnahmen wie folgt beginnen:

Kinderspeisungen am 7. November 1932,
Brotausgabe am 14. November 1932,
Speisung der Erwachsenen am 21. November 1932,
Kohlenausgabe am 1. Dezember 1932.

Den weitergehenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung konnte der Magistrat, wie er mitteilt, nicht beitreten.

Und da schwören die anderen noch auf den Parlamentarismus.

Holzarbeiterversammlung

In der Vierteljahr-Versammlung des Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Breslau, am 8. November gab Kollege Knutke den Geschäftsbericht. Die Hauptarbeit der Verbandsleitung bestand darin, Verhandlungen vor dem Spruchauschuß und dem Wohlfahrtsamt zu führen bzw. durch Vertretung: die Interessen der Kollegen dort wahrzunehmen. Lohn- und Tarifverhandlungen fanden im letzten Quartal überhaupt nicht statt. Die trostlose Wirtschaftslage kommt darin zum Ausdruck, daß von den rund 3200 Mitgliedern im Ort 2300 arbeitslos oder invalide sind. Die restlichen 900 Beschäftigten sind zum größten Teil Kurzarbeiter und Lehrlinge. — Die früher aus Sparsamkeitsgründen beschlossene Einstellung der hauptamtlichen Beitragskassierer der Erwerbslosen mit der Maßgabe, daß sich die erwerbslosen Kollegen zur Zahlung ihrer Beiträge selbst auf dem Büro zu melden haben, hat sich sehr ungünstig ausgewirkt. Nur 43 Prozent der Erwerbslosenmitglieder haben sich auf dem Büro eingefunden.

In der Diskussion wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie man die Erwerbslosenbeiträge auch ohne besondere Entschädigung durch Hauskassierung hereinbekommen kann. Aber daran hatten die Reformisten offenbar kein Interesse, sie wollen lieber wieder ihre Freunde als hauptamtliche Kassierer unterbringen. — In der Diskussion spielte auch der Berliner Verkehrsarbeiterstreik eine Rolle, wobei das Versagen der Leitung der Freien Gewerkschaften scharf kritisiert.

Unter Punkt 2 wurden die Lohn- und Tarifverhandlungen in der Holzindustrie und auch in der Metallindustrie, soweit sie die Holzarbeiter betrifft, behandelt. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Unternehmer die jetzige Arbeitslosigkeit mit einer beispiellosen Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter ausnützen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Unternehmer heute nur deshalb so rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgehen können, weil die Gewerkschaften 1918 nicht mit derselben Rücksichtslosigkeit ihre damalige Uebermacht zur Beseitigung des Kapitalismus ausgenutzt haben.

Auch diese Versammlung hat gezeigt, daß viele oppositionell-revolutionäre Kollegen ihre Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, noch vernachlässigen. Das muß anders werden, wenn wir die Gewerkschaften zu dem machen wollen, was sie sein sollen: revolutionäre Machtorgane der Arbeiterklasse.

Wasserversorgung

Die neue Schnellfilteranlage am Weidendam

Jedesmal, wenn die heiße und trockene Jahreszeit einsetzt, besteht für Breslau die Gefahr des Erliegens der Wasserversorgung. So kam es, daß z. B. im Jahre 1928 eine bedenkliche Krise der Wasserversorgung entstanden war. Und nur der durch die Weltwirtschaftskrise bedingten, an sich katastrophalen Stilllegung von größeren Betrieben unserer Stadt, die einen starken Wasserverbrauch hatten, ist es zu danken, daß in den letzten Jahren bei der Versorgung der Einwohnerschaft mit Frischwasser Schwierigkeiten, ja man könnte sogar sagen Katastrophen vermieden worden sind.

Das Hauptübel bestand darin, daß der größte Teil der Wasserwerksanlagen, der bereits Jahrzehnte alt ist, für den heutigen Wasserverbrauch völlig unzulänglich war. Man hatte die Anlagen damals für einen täglichen Verbrauch von 60 000 cbm Wasser projektiert. Diese Wassermenge reichte bei weitem nicht hin, insbesondere wenn man bedenkt, daß der Tagesverbrauch im Juli 1928 92 000 cbm und im Juli 1929 87 000 cbm betrug. Selbst im Winter 1928 wurden täglich in Breslau 70 000 cbm Wasser verbraucht.

Dazu kommt, daß die in den Wasserwerken laufenden maschinellen Anlagen durchaus nicht mehr über die vorgeschriebene Betriebssicherheit verfügten, da die Maschinen zum Teil ein Alter von 30 bis 60 Jahren besaßen und bestanden.

Insbesondere waren die Aufbereitungsanlagen, d. h. die Anlagen, in denen das Wasser von Eisen, Mangan und Kohlensäurebestandteilen befreit wird, nicht mehr leistungsfähig genug.

So mußte man daran gehen und eine Reihe von Anlagen neu-respektive umbauen. Die alten Langsamfilter des Werkes Weidendam

werden auch weiterhin zur Reinigung des Wassers benutzt werden. Wegen des ungleichmäßigen Wasserverbrauchs in den Tagen- und Nachtstunden konnten sie bisher aber nur am Tage arbeiten. Nun hat man aber ein elektrisch betriebenes Zwischenpumpwerk, das aus zwei elektrisch getriebenen Schraubpumpen mit einer Gesamtleistung von 3000 cbm in der Stunde gebaut. Dieses Zwischenpumpwerk ist in der Lage, auch in der Nacht 15 000 cbm Reinwasser den Tiefenbehältern zuzuführen und sie somit aufzufüllen. Es besteht also von jetzt ab keine Gefahr mehr, daß die Reinwassertiefenbehälter eines schönen Morgens völlig leer daliegen.

Im Reinwasserförderbetrieb des Werkes Weidendam hat man im Pumpwerk 2 eine neue elektrisch betriebene Kreiselpumpe mit einer Stundenleistung von 2000 cbm zur Aufstellung gebracht, die die von ihr gepumpten Wassermengen direkt dem Reinwassertiefenbehälter entnimmt.

Der allerwichtigste Teil der jetzt fertiggestellten Anlagen ist aber der Neubau einer zweiten Breslauer Schnellfilteranlage. Bisher konnten täglich nur 60—70 000 cbm Rohwasser filtriert werden. Durch diesen Neubau sind wir aber in der Lage, weitere 70 000 cbm Wasser von Eisen, Mangan und Kohlensäure zu befreien. Die Breslauer Wasserwerke sind also in der Lage, täglich 140 000 cbm Wasser aufzubereiten. Der neue Schnellfilter stellt eine der modernsten neuzzeitlichen Filteranlagen dar, bei der gerade bei den Betonierungsarbeiten die modernsten Errungenschaften der Tiefbautechnik angewandt wurden.

Man kann jetzt also ruhig behaupten, daß Breslauer Wasserversorgung nicht mehr gefährdet ist.

wonders stark ist die Provinz Puerto Principe heimgesucht worden, wo namentlich die Städte Santa Cruz del Sur und Camaguey verwüstet wurden. Da die Santa Cruz schützenden Dämme brachen, ergossen sich die Fluten in die Stadt. Glücklicherweise gelang es den meisten Einwohnern, sich in Sicherheit zu bringen. Im Hafen sind viele Schiffe gesunken. Größer als in Santa Cruz ist die Zahl der Toten in Camaguey. Der Sachschaden ist in beiden Städten bedeutend. Viele Häuser bildeten nur noch einen Trümmerhaufen. Die Verbindungen sind unterbrochen.

11 Kinder verbrannt

Waedenswil (Kanton Zürich), 10. November. Heute früh brannte hier ein Heim ab, das 80 schwer erziehbare Kinder beherbergte. Drei Kinder wurden bisher als Leichen geborgen, neun werden noch vermisst. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht geklärt werden.

Eine Meldung wenige Stunden später besagt: Bis 5 Uhr nachmittags wurden 11 Leichen der bei der Brandkatastrophe im Kinderheim umgekommenen Kinder geborgen. Ein Kind wird noch vermisst.

Unwetter in Italien 16 Tote

Rom, 11. November. Ein Unwetter in der Provinz Reggio di Calabria verursachte schwere Schäden, insbesondere in den Gemeinden Gioiosa Ionica, Andore und Grotteria. Der angeschwollene Torbido-Bach riß eine große Brücke ein. Auch mehrere Häuser stürzten ein, sodas in Grotteria 9 und in der Gemeinde Mammola 7 Tote zu beklagen sind. Der Präfekt hat sich unverzüglich in die von der Katastrophe betroffenen Ortschaften begeben, um das Hilfswerk zu leiten.



Am Lautsprecher

Woche vom 12.—18. November.

Sonntag, 6.35: Hefenkonzert. 9.10: Zwanzig Minuten Steuerfragen. 9.30: Zwanzig Minuten Verkehrsfragen. 10.05: Kammerkonzert Heinrich Schumann. 13.00: Orchesterkonzert. 14.10: Frauen und große Männer. 14.35: Semesterbeginn an der Universität. 16.00: Kleine Klaviermusik. 16.35: Kinderfunk: Bunte Woche. 17.00: Unterhaltungskonzert. 19.00: Der Stand der Abstraktionsfrage. 19.25: Der Zeitdienst berichtet. 20.15: Konzert der Leidenschaften. 22.45: Tanzmusik.

Montag, 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 11.00 bis 10.40: Schulfunk für Volksschulen. 11.30: Schloß-

Beim Funk-Frank - Brüderstraße 47
werden Sie real und fachm. bedient!
Elektro-Radio-Foto-Bedarf
Eig. Fachm. AKKU-Ladestation
Leih-Akku! Anoden 100 Volt von RM. 4.80 an.

konzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 15.40: Das Buch des Tages. 15.55: Die Umschau. 16.15: Unterhaltungskonzert. 17.30: Der Zeitdienst berichtet: Falsch des 75. Jahrs. Bestehens des Vereins Deutscher Ingenieure, Bezirksverein Oberschlesien. 18.15: Fünfzehnminütigen Minuten Französisch. 18.40: Rechtsfragen des täglichen Lebens. 19.30: Abendmusik. 20.00: Aus dem Stadttheater zu Breslau: Der Teufelsreiter.

Dienstag, 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 15.40: Kinderfunk. 16.10: Kleine Klaviermusik. 16.40: Unterhaltungskonzert. 17.55: Der Zeitdienst berichtet. 18.30: Schulfunk für Berufsschulen. 19.30: Abendmusik. 20.00: Schlesiens Sinfonie. 21.30: Heitere Musik aus Schlesien. 22.25: Ein Ausflug in die Schwarzen Berge. 22.45: Unterhaltungskonzert.

Mittwoch, 6.30: Morgenkonzert. 12.00: Mittagskonzert. 18.15: Konzert. 20.00: Konzert. 22.40: Theaterplauderei.

Donnerstag, 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 11.50: Konzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 15.50: Das Buch des Tages. 16.15: Hans Zielonksky

Bastler! Einzelteile, Rundfunkgeräte
Elektra-Radio
nach wie vor, nur im Kakt der Woche 18/19. Jede Woche. — Täglich.

† 17. November 1931. 17.15: Kinderfunk. 17.35: Wie und wo bildet England seine Führer? 18.00: Stunde der Musik. 18.20: Der Zeitdienst berichtet. 18.35: Eine Verhandlung vor dem Tarifschiedsamt. 19.30: Blaskonzert. 20.30: Alles mal herbey! 22.20: Zehn Minuten Arbeiter-Esperanto. 22.45: Zu Unterhaltung und Tanz.

Freitag, 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 8.15: Funkgymnastik für Hausfrauen. 11.30: Blaskonzert. 13.05—14.05: Mittagskonzert. 16.00: Jugendfunk. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.30: Der Zeitdienst berichtet. 19.00: Die schlesische Literatur und ihr Einfluß auf die deutsche Kultur. 19.30: Konzert. 20.30: Der Neobachstein. 21.30: Unter dem Mond. 22.45: Abend-Unterhaltung.

Sonnabend, 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Morgenkonzert. 11.30: Konzert. 13.05—14.05: Schallplattenkonzert. 16.00: Blick auf die Leinwand. 16.20: Die Kunst des Übersetzens. 16.50: Unterhaltungskonzert. 18.15: Der Sinn der Sorge. 19.15: Abendmusik. 20.00: Abendkonzert. 22.45: Nachtmusik.

Vertrauenssache ist der Einkauf
von Elektro- und Radio-Artikeln
Darum geh' zum Fachmann!
Fritz Jenner

Ingenieurbüro für elektrische Licht-, Kraft- und Radioanlagen
Spezial-Reparaturstelle! Breslau, Poststraße 20/Neue Wollgasse 5

DMV-Erwerbslosen-Versammlung

Protest gegen einen nationalistischen Film

Der Deutsche Metallarbeiterverband Breslau hatte zu Donnerstag vormittag seine erwerbslosen Mitglieder zu einer Versammlung mit Filmvorführung nach dem Gewerkschaftshaus eingeladen. Ueber diese Veranstaltung sind uns eine Reihe Zuschriften zugegangen, in denen die erwerbslosen Kollegen ihrer Empörung Ausdruck geben, daß ihnen ein so unpassender, ja gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichteter Film vorgesetzt wurde. Von den verschiedenen Einsendungen veröffentlichten wir in nachstehendem folgende Schilderung eines erwerbslosen Kollegen:

„Jeder Arbeitslose begrüßt es, wenn ihm Gelegenheit geboten wird, in seinem täglichen dumpfen und trostlosen Stempeldasein eine Abwechslung durch eine Filmvorstellung oder ähnliches zu bekommen, das um so mehr, als es wohl kaum einen Arbeitslosen gibt, der sich noch den Besuch eines Kinos oder gar Theaters leisten kann. Doch wir müssen auf das schärfste dagegen protestieren, daß, wenn unser Verband einmal das an sich lobenswerte Bestreben hat, uns eine Filmvorführung zu geben, er uns einen derartigen nationalistisch-militaristischen Kitsch vorgesetzt, wie am Donnerstag im Gewerkschaftshaus. Es lief der Film „Unter falscher Flagge“. In dem Film wird ein strammer, „ehrenhaft“, militärischer Herr Hauptmann herausgestellt, dessen Spionage im „feindlichen“ Land in romantisch überspitzter Weise gezeigt wird. Er erscheint natürlich als großer deutscher Held. Der in solchen Kitschfilmen übliche große Schurke und Vaterlandsverräter, der ihm entgegengestellt wird, ist ein Darsteller von übertrieben jüdischem Typus. Es ist doch ganz klar, was damit erreicht werden soll. Nichts anderes als die Unterstützung der verlogenen nationalistisch-faschistischen Propaganda, deren Zweck es ist, den Kampf der unterdrückten Volksmassen gegen ihre Ausbeuter, das Kapital, abzulenken auf den „Erzfeind“ und — auf die Juden, die „an allem schuld“ sind.“

Es ist erfreulich, daß die Mehrzahl der arbeitslosen Kollegen trotz des technisch gut aufgemachten Films seine nationalistisch-arbeiterfeindliche Tendenz erkannten und besonders gegen Schluß der Vorstellung ihren Unmut sehr lebhaft zum Ausdruck brachten. Sie protestierten auch dagegen, daß in der beigefügten Lichtreklame einseitig für die SPD und die Eiserner Front Propaganda gemacht wurde.

Vor der Filmaufführung richtete der Bevollmächtigte, Kollege Ziegler, einige Worte an die Versammlung, worin er die Erwerbslosen zur Einigkeit und Geschlossenheit aufforderte. Das ist insoweit gut, als wir alle die Einheitsfront des Proletariats wollen, aber es wäre notwendig gewesen, daß der Kollege Ziegler auch erklärt hätte, daß die notwendige proletarische Einheitsfront nur auf dem Wege des entschlossenen revolutionären Klassenkampfes möglich ist.

Soweit die Zuschrift, die sich mit den andern Einsendungen deckt. Auch wir müssen sagen, daß es aufs schärfste zu verurteilen ist, wenn den Arbeitslosen ein derartiger Film vorgesetzt wird, wie es überhaupt als ganz ungeheuerlich bezeichnet werden muß, daß im Ge-

werkschaftshaus derartige Filme aufgeführt werden. Wir nehmen zugunsten der Ortsverwaltung des DMV an, daß sie den Inhalt des Films vorher nicht kannte. Aber selbst in diesem Falle ist es eine schwere Versäumnis der Ortsverwaltung. Es muß verlangt und durchgesetzt werden, daß die Ortsverwaltung in Zukunft die Filme, die sie ihren Kollegen vorsetzt, vorher prüft und dafür sorgt, daß nur solche Filme aufgeführt werden, die den Kampf der Arbeiterklasse fördern und den Erwerbslosen eine genussreiche, zu weiterem Kampf anregende Stunde bereiten.

Görlitzer Attentatsprozeß am 21. November

Görlitz, 10. November. Am 21. November beginnt vor dem Sondergericht Görlitz ein auf mehrere Wochen berechneter Prozeß gegen 17 Angeklagte wegen der Sprengstoffanschläge der SA im Landgerichtsbezirk Görlitz. Am 12. November wird vor dem Schweißnitzer Sondergericht wegen der Sprengstoffdiebstähle in Kynau verhandelt werden.

Aus der Partei

In der gestrigen Mitgliederversammlung der SAP Breslau erklärte der bisherige Gen. Maxim daß er und der Genosse Ollendorf aus der SAP austräten und zur SPD gingen. Die Versammlung nahm diese Mitteilung, die nicht überraschend kam, weil die Neigung der beiden zur SPD seit langem bekannt war, mit einmütiger Ablehnung entgegen. Der ganze Verlauf der Versammlung, über die wir an anderer Stelle berichten, bewies, daß diesen beiden Ueberläufern zum Reformismus niemand eine Träne nachweint.

Aus aller Welt Furchtbare Wirbelsturm-Katastrophe 1000 Todesopfer

Kingston (Jamaika), 10. November. Ein Orkan, der allenthalben gewaltigen Schaden verursachte, hat die halbe Bananenenernte der Insel vernichtet. In der Monte Negro Bai wurde eine Eisenbahnlinie von einer Springflut zerstört. Meldungen über tödliche Unfälle sind bisher nicht eingelaufen.

New York, 10. November. Nach einer Meldung aus Havanna sollen bei dem gestrigen Orkan auf den Camaguey-Inseln 300 Menschen ums gekommen sein.

New York, 11. November. Bei dem Orkan auf Kuba dürften nach den hier eingetroffenen Meldungen mehr als 1000 Menschen das Leben eingebüßt haben. Be-

Zur Situation in Oesterreich

Von Michael Ruschak, Mürzzuschlag

Da am Sonntag der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beginnt, kommt den folgenden Betrachtungen eines österreichischen Genossen besondere Bedeutung zu.

Die aufgeregte Regierung Dr. Dollfuß stellt eine parlamentarisch schwache Mehrheitsregierung dar. Sie hat von den acht Mannen der Fraktion der Heimatschützer zwei verloren und ihr Chef hat, um die Mehrheit an sich zu ketten, den monarchistischen putschwilligen Führer der Wiener Heimwehr, Major Frey, zum Staatssekretär für Sicherheitswesen ernannt.

Das Kabinett Dollfuß hat nach anfänglichem Lavieren zwischen rechts und links einen ausgesprochenen Rechtskurs eingeschlagen, wie sein Verhalten nach den Vorfällen von Simmering demonstriert.

Sie hat die Polizei bei der vandalischen Zerstörung des Arbeiterheims in Simmering gewähren lassen; die Verhaftung der ihr Leben verteidigenden Schutzbündler und die vorläufige Konstatierung der Schuld der Sozialdemokraten durch den Bundeskanzler hat erwiesen, daß sie, gestützt auf die Waffen der Exekutive, daran denkt, unbekümmert um ihre parlamentarische Schwäche ebenfalls ein Notverordnungsregime auf Grund eines alten Ermächtigungsgesetzes aus der Kriegszeit einzurichten.

Unterdessen reifen die schwerwiegendsten Fragen für Oesterreich heran. Die Kreditanstaltsfrage, der wirtschaftliche Lebensnerv von Oesterreich, weiter die Neuauflage der Donauföderation, die Frankreich in die Wege leitet, als auch die Bekämpfung der furchtbar lähmenden Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit. Der Winter naht heran und mit ihm die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Was hat bisher die Regierung getan? Sie hat bewiesen, daß sie mehr noch als das Kabinett Buresch den agrarischen Kurs befolgt. In ihrem Bestreben läßt sie sich nur von den Interessen der Großagrarien und der Schwerindustrie leiten. Sie hat bedenkenlos in der Kreditanstaltsfrage die Interessen Oesterreichs, wie die Verhandlungen des Ministers Dr. Rintelen in London zeigten, der internationalen Hochfinanz preisgegeben. Die Folge hiervon ist neuerdings ein langjähriger Tribut durch den Bund von 26 Millionen Schilling jährlich an die ausländische Hochfinanz, verbunden mit der Auslieferung der österreichischen Industrie an diese.

Der berühmte Lausanner Vortrag des Dr. Dollfuß bewies, daß das Exekutivorgan der kapitalistischen Klasse in Oesterreich, nämlich die Christlich-Sozialen, also die größte bürgerliche Partei, am Ende ihres Lateins angelangt sind.

Nach zwölf Jahren bürgerlichen Regierens seit 1920 ist Oesterreich in einer politischen Lage wie die mittelamerikanischen Republiken, wo die USA-Bajonette bestimmen, wie die Landespolitik auszusehen hat. Bei uns vertritt diese Rolle das Gold der Bank von Frankreich.

Man wird sich fragen: Ist keine Macht im Lande, die einer Regierung und ihren Parteien mit demütigen Folgerungen und Taten wie Absichten mit unerbittlicher schärfster Opposition entgegentritt? Wo ist die SPOe, die größte Partei des Landes?

Die Aufklärung erhält man dadurch, daß man hierzulande bei ihr links rüber, halb rechts schreibt, mit einer Verbeugung nach beiden Richtungen die Politik der mittleren Linie des Zentrismus versucht und schließlich bei der berühmten These des Reformismus, dem kleineren Uebel, landet. Dadurch wiederholt Kurs mit 50 Prozent Tolerierung ähnlich der SPD im Reich, allerdings mit der nicht bestreitbaren Tatsache einer viel gewandteren, erfolgreicher-

ren Taktik als bei der SPD. Jeder Rückzug wird hier weit besser verschluckt!

In der Presse scharfe Sprache: Zum xten Male wurde im Zentralorgan, der „Wiener Arbeiterzeitung“, verkündet (anlässlich der im Kampfe gegen die Putschisten gefallenen Opfer) diese Provokationen des Putschismus werden nicht mehr geduldet! Und was sehen wir? Bei der Anwendung der ersten Notverordnung bezüglich der Haltungsvorhaltung einiger gewesener Größen der Kreditanstalt, die ihnen vorher die Möglichkeit ankündete, ihr bewegliches Vermögen in Sicherheit zu bringen, und der Ernennung des Putschisten Frey zum Staatssekretär für Sicherheitswesen ist das Ende der Regierung Dr. Dollfuß prophezeit worden. Sie lebt heute noch!

Anfangen hat es mit dem Jahre 1920. Nach der Niederwerfung der Putschversuche des letzten Habsburgers im Jahre 1927, als die Massen sich in grandiosen Generalstreik erhoben und gegen die Reaktion anstürmten und vor allem 1931 hätte eine kühne Führung bei dem offen durchgeführten Staatsstreichversuch des Heimwehriasschismus durch entschlossenen zielklaren Kampf die zweite Republik erobert und die faschistischen Banden der Bourgeoisie entwaffnet und die Staats- exekutive sich unterwerfen können.

Jede Illusion, sei es durch die englischen Wahlsiege 1924 und 1928, oder zuletzt durch den schwedischen, über den Wert der bürgerlichen Demokratie wurde unterstützt, bis man endlich zuletzt doch begriff, daß die heimische Reaktion außerordentlich erstarkt sei.

Nach der Massenstimmung des Proletariats, das nun längst erkannt hatte, daß diese Republik trotz großer Errungenschaften noch immer der bürgerliche kapitalistische Klassenstaat geblieben sei, wäre die Konsequenz zu ziehen, sich von den ideologischen Fesseln des Reformismus zu lösen und sich nach links zu orientieren.

Doch die Rechte unter Führung Dr. Renners und Dr. Deutsch, unterstützt durch den Zentrismus der Genossen Dr. Danneberg und Seitz gewann in den Mandatarien der Landesregierungen, Gemeindeverwaltungen und in den Parlamenten so sehr die Oberhand in der Parteibürokratie, daß es zweifelhaft erscheint, ob die jetzige Führung noch die Kraft aufbringt, eine totale Kursänderung durchzuführen.

Der diesjährige Parteitag wird in leidenschaftlicher Form das Ringen um die Probleme der Zeit erleben, er wird zum geringen Teile die wahren Strömungen und Stimmungen der Masse, in der die Gärung weit schärfer hervortritt, widerspiegeln.

Jedenfalls geht Oesterreich im Winter bewegten Tagen entgegen. Im Jahre 1930 schloß die „AZ“ zu der Taktik der SPOe, sie gleiche dem römischen Feldherrn Fabius Maximus Cunctator (der Zauderer), der trotz seines Zauderns siegte. Es war nämlich der Ausweisung des Stabschefs der Heimwehr, des Majors Pabst, aus Oesterreich durch Dr. Schober.

Man kann dem erwidern, daß auch ein anderes Beispiel herangezogen werden kann. Der berühmte Feldherr des Altertums, Hannibal von Karthago, unterlag zuletzt der römischen Weltmacht, weil er verzögerte, nach seinem Siege bei Cannä Rom anzugreifen und zu vernichten. Das Zaudern kostete ihm in Süditalien seine besten Truppen und verursachte seine Niederlage wie die Zerstörung Karthagos.

Die Schüsse von Simmering sind ein Panak für die Sozialdemokratie Oesterreichs, die in der ersten Zeit der Republik große Erfolge innerhalb der scheinbaren Restruktionsperiode des Kapitalismus aufzuweisen hatte und in dem letzten Jahrzehnt in die Defensive zurückgeworfen worden ist. Sie hat sich zu entscheiden, ob sie der Amboss oder der Hammer in der Geschichte der Klassenkämpfe der österreichischen Republik, Objekt oder Subjekt für die Zukunft sein will!

Bullerjahr weitgehend entlastet

Eine Reihe günstiger Zeugenaussagen

Berlin, 9. November.

CNB. Auch zu Beginn des voraussichtlich letzten Berliner Verhandlungstages im Bullerjahr-Prozess blieb die Öffentlichkeit einschließlich der Presse wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen, da immer noch die Frage erörtert wird, ob Bullerjahr tatsächlich Kenntnis von wichtigeren geheimzuhaltenden Lagern besaß, die nicht verraten worden waren.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit äußerte sich Oberleutnant Dühring als sachverständiger Zeuge über die bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken von der Interalliierten Kontrollkommission beschlagnahmten Materialien. Der Zeuge, der sieben Jahre hindurch als deutscher Verbindungsoffizier zwischen der Interalliierten Kommission und deutschen Behörden fungierte, wurde dann vom Verteidiger, Dr. Rosenfeld, gefragt, ob er nicht gelegentlich versucht habe, dienstlich oder außerdienstlich von den Engländern oder Fran-

zosen einen deutschen Verräter herauszubekommen. Zeuge: Das habe ich mehrmals versucht, aber es ist niemals gelungen. Bei Schilderung des gesellschaftlichen Verkehrs der ausländischen Offiziere in Berlin erwähnte der Zeuge:

daß in einem der englischen und amerikanischen Klubs auch Herr von Gonlard verkehrt habe.

Der Werksicherheitsbeamte Schmidt erklärte als Zeuge, Bullerjahr sei an den im Werke vorgekommenen Schrottschiebungen nicht beteiligt gewesen, habe aber von der Direktion einen Ruffel wegen dieser Vorkommnisse bekommen.

Bullerjahr betonte, daß dieser Ruffel mit der Anlag zu seinen Drohungen gegen das Werk gewesen sei, die jetzt so belastend für ihn seien. Die Drohung „er werde es der Firma schon anstreichen“, hätte sich auch auf die Benutzung falscher Urkunden zum Eigentumserwerb durch die Firma und auf andere Unregelmäßigkeiten im Werk bezogen. Als der Vor-

sitzende den Angeklagten darauf hinwies, daß er in seinen ersten Vernehmungen diese Gründe für die Drohungen nicht im Protokoll angegeben habe, rief Bullerjahr erregt: „Ich kenne die Bedeutung eines Protokolles nicht.“

Wenn man das Strafgesetz nicht kennt und in die Maschinerie der Justiz gerät, dann ist man verraten und verkauft!

Vorsitzender: Sie sind aber bei Ihren Vernehmungen nicht bei der Wahrheit geblieben! Bullerjahr: Weil ich zur Unwahrheit gezwungen wurde. Der Erinnrende greift doch nach einem Strohhalm. Die Vernehmung des Zeugen Fischer drehte sich um die

Vorgänge bei der kritischen Kontrolle der Interalliierten Kommission.

Fischer erzählte, daß Leutnant Jost auf einen der Schranke zugegangen sei und dessen Öffnung verlangt habe. Vors.: Er soll gesagt haben, man möge ihm den Schrank Nr. 15 öffnen. Daraus schließt man, daß ihm diese Nummer vorher mitgeteilt worden sei. — Zeuge Fischer: Das ist kaum denkbar, denn in den anderen Schränken waren in dieselben Sachen wie im Schrank Nr. 15. Er hat vielleicht die Nummer nur genannt, weil er gerade davor stand und sie sah — Zeuge Oberleutnant Dühring: Ich glaube, eine Erklärung dafür zu haben, warum der fremde Offizier den Schrank mit der Nr. 15 bezeichnete, den er geöffnet haben wollte. Die Schränke sehen alle gleich aus. Er mußte also befürchten, man werde ihm einen Schrank öffnen, in dem nichts Verdächtiges enthalten war. Deshalb hat er vielleicht vorsichtigerweise eine bestimmte Nummer angegeben. Das ist bei solchen Kontrollen üblich.

Der Zeuge erklärt weiter, er habe Bullerjahns Drohungen nicht ernst genommen. Bullerjahns Abwesenheit bei der großen Revision habe ihn gewundert. Allein es sei doch die Weisung ergangen, daß alle Angestellten, die nicht ausdrücklich herbeigerufen würden, sich von der Kontrollkommission fern halten sollten. Dies bestätigt Oberleutnant Dühring, der aber hinzufügt, er habe den Eindruck, daß Bullerjahr bei der großen Revision zu wenig Interesse gezeigt habe. Direktor Gebauer meint, er hätte sich auf alle Fälle ins Lager begeben, wenn er einen Posten wie Bullerjahr bekleidet hätte. Bullerjahr wendet ein, er habe geradezu darauf gewartet, gerufen zu werden, und im übrigen sich in dieser Zwischenzeit damit beschäftigt, noch während der Anwesenheit der Kommission geheimzuhaltende Gegenstände fortzuschaffen.

In der Nachmittagsitzung wurde der Lagerverwalter Klemas darüber gehört, welche Personen überhaupt Kenntnis von dem in seinem Lager befindlichen geheimzuhaltenden Material hätten. Der Zeuge erklärte, außer der Direktion, Bullerjahr und ihm selbst hätten nur noch drei vertrauenswürdige Arbeiter einen vollständigen Überblick über die Bestände seines Lagers gehabt. Allerdings hätten alle Arbeiter von gewissen Materialien gewußt, die später von der Kontrollkommission als verboten betrachtet wurden während man sie bisher als erlaubt angesehen habe. Auch diesem Zeugen gegenüber hat Bullerjahr die Äußerung getan: „Den Herren werde ich es schon anstreichen.“ Der Zeuge erklärte dazu, er vermute nicht, daß Bullerjahr mit der Drohung meinte er werde verbotenes Material an die Entente-Kommission verraten. Er habe diese Drohung auf die internen Differenzen Bullerjahns mit einzelnen leitenden Herren der Firma bezogen.

Die Verhandlung wird Freitag vormittag in Leipzig fortgesetzt.



Rote Kindermwelt

Der Weg zur proletarischen Freiheit

Es klingt wie ein schönes Märchen: Es war einmal vor langer Zeit, daß Menschen wie Brüder und Schwestern zusammen lebten. Da gab es keine Not und keine Gefahren, die sie nicht miteinander teilten, da gab es keine Freuden, die sie nicht miteinander erlebten. Das war vor so langer Zeit, darum glauben es auch manche Menschen nicht. Bald beherrschte der Mensch den Menschen. Bald kam die Zeit, wo der Mächtige den Schwachen unterdrückte. Das erzählen die Pyramiden, die von vielen tausenden Sklaven aufgebaut wurden. Blut, Schweiß, Hunger, Schläge und Todesnot mußten diese Armen erleiden, bis diese gigantischen Zeugen menschlicher Herrschaft und Unterdrückung geschaffen waren.

Und doch lebte in den ägyptischen Sklaven die Sehnsucht und der Wille nach Freiheit. Ihr habt sicher schon von Spartakus gehört, dem Sklavenführer, der die Schlemmer und Prasser in Rom zittern machte? Sechstausend Sklaven wurden mit ihm zu gleicher Zeit ans Kreuz geschlagen, weil sie es wagten, den Kampf für ihre Freiheit zu kämpfen. Damals war aber die Freiheit trotz alledem nicht gestorben!

Und die Bauern vor vierhundert Jahren? Um das Jahr 1525 war die Not und die Fuchtel des Fronvogtes so drückend geworden, daß Tausende deutscher Bauern Jen Tod nicht scheuten, sich Freiheit und Recht zu erstreiten. Die Herren (Fürsten, Adel, Ritter und Kirche) siegten und die Henker bekamen Arbeit. Viel Blut ist damals geflossen, edles Blut von freien Männern. Aber alles Blut konnte die Flamme der Freiheit nicht auslöschen!

Der Weg führte weiter, durch das Jahrhundert der Revolutionen! Die große französische Revolution und einige Jahrzehnte später das Jahr 1848 in Berlin und Wien, in Ungarn und Italien. Arbeiter und Studenten, Bauern und Bürger stritten damals gemeinsam für die Freiheit des Volkes. Das Volk erkämpfte sich Schritt für Schritt Anerkennung und Recht.

Dann kam die Zeit der Hungerrevolten. Die Weber kämpften aus Not und Hunger ihr Ringen war ein Schrei nach Arbeit und Brot. Die Soldaten der ganzen Welt hatten nicht ausgereicht, die Empörung restlos zu ersticken.

Am 9. November 1918 sind wieder Ketten zerbrochen. Die Soldaten im Felde, Frauen und Männer in den Fabriken und Werkstätten, in Stadt und Land revolutionierten gegen das vierjährige, furchtbare Völkermorden. Die Fürsten- und Königs Throne wurden gestürzt und die Republik errichtet. Doch die Arbeiterklasse erledigte nur halbe Arbeit! Sie ließ den Besitz der herrschenden Klasse unangestastet und stellt ihn sogar noch unter den Schutz des Ge-

setzes, anstatt alles zum Eigentum der proletarischen Klasse zu machen. Heute sehen und spüren wir die Herrschaftsformen der kapitalistischen Gesellschaft, Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Vertreter dieses kapitalistischen Systems, durch Staat, Polizei und Militär. Die Kirche ist Handlanger und Helfershelfer bei dieser Unterdrückung.

Das Feuer zur entscheidenden Revolution, zur vollständigen Umgestaltung in die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung ist in der Masse des Proletariats nicht erloschen! Täglich hören und lesen wir von diesen Kämpfen und erleben sie persönlich.

Wir glauben an den Sieg der Arbeiterklasse! Auch wir sind Rotes Bauvolk! Seid bereit! Immer bereit!

Lichtbilder in der Gruppe

Mensch, Rudel! Gestern hatten wir Lichtbilder in der Gruppe. Das war knorke und einen Heidenpaß gab das. Die Bilder hatten wir uns selber gemalt. Da nehmen wir jeden ordentlich auf die Schippe. Was so in der letzten Zeit ausgefressen wurde, das ist in ulkiger Form angeprangert worden. Das zieht besser, als wenn dem Einzelnen eine lange Moralpredigt gehalten würde. Denn Ordnung und Freundschaft muß bei uns herrschen.

Zum gemalten Bild steht der Text, z. B.: Der Helmut steht früh um 8 Uhr schon in den Hosen und rufft: Ich komme zu spät in die Schule. (Die beginnt um 8 Uhr und Helmut ist eine Schlafmütze.)

Oder: Haus, Ilse und Heinz sind wasserscheu. Ihnen ist das Wasser beim Baden auf der Wanderung zu kalt. Auf dem Bilde schneiden sie allerlei Grimassen und haben Ausreden. Als Ueberschrift: Wir sind Rote Falken. Oder: Helmut's Vater ist Schuhmacher. Helmut hat, wenn er öfters mal in der Gruppe fehlt, immer die Ausrede: Ich

muß Schuhe wegragen. Auf dem Bilde sieht man ihn mit einem großen Korb die Straßen langziehen. Oder: Martel und Käte spielen gern mit Puppen. Die Abbildung zeigt uns die Puppenfamilie bei der Arbeit.

Auch die Helfer kriegen ihren Teil ab, ihnen bleibt erst recht nichts geschenkt. Aber hier will ich nichts verraten. Pat, Pat!

Es gibt aber noch andere Lichtbildnachmittage. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft: „Zwei Welten — Zwei Systeme“. Wir sprechen über die kapitalistische und sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Dazu haben wir uns selber Bilder aus Zeitungen und illustrierten Heften besorgt, ausgeschnitten und zusammengestellt. Das ist sehr interessant für uns Rotfalken.

Wir Arbeiterkinder können uns leider nicht die Welt mit eigenen Augen ansehen, dazu reicht das Geld nicht. Wir besorgen uns Lichtbilder, und nun diskutieren wir und sehen, daß die Erde reich an Schönheiten ist, die nur die besitzende Klasse bereisen kann.

Unsere Lichtbildnachmittage sind immer interessant und lehrreich, und wir legen rohen Inhalt in den Gesprächsstoff. Nicht die verlogenen Märchenbilder von Hänsel und Gretel, Schneewittchen usw. wollen wir sehen, sondern die Bilder der Wirklichkeit vom kämpfen und ringen der Arbeiterklasse!

Auch in euren Gruppen müssen rote Lichtbildnachmittage durchgeführt werden.

Jungen und Mädels! Die Breslauer Roten Falken hatten am 9. November eine überfüllte Revolutionsveranstaltung. Weit über tausend Arbeiterkinder und Erwachsene waren anwesend. Im Programm wurden die Kämpfe der Arbeiterklasse von den Bauernkriegen aus dem 15. Jahrhundert bis zur augenblicklichen Zeit veranschaulicht. Die Veranstaltung war ein großer Erfolg der Breslauer. Wie geht's bei euch?

Freundschaft!
Rote Kindermwelt,
Breslau, Kleine Holzstraße 3.

Gott der Rache gegen Gott des Mammons

Brief aus Polen / Von Dr. Joseph Kruk

Warschau, 6. November.

„Ja, ich habe ihn getötet, aber ich hatte nicht die Absicht... Ich glaube nicht, daß man durch Töten eines oder Tausender von Menschen die Arbeiterlage verbessern kann... Wie und wann ich getötet habe, weiß ich selber nicht, alles ist im Nebel.“

Diese Worte sprach gestern im Warschauer Kreisgericht der 42jährige polnische Arbeiter Blachowski, der vor kurzem den Hauptdirektor der großen Zyrazdower Textilfabrik, den Franzosen Köhler, erschossen hat.

Der Prozeß, der soeben beendet wurde, hat das größte Aufsehen in ganz Polen — besonders in den Arbeiterkreisen — hervorgerufen. Die Person des Täters, die Geschichte der Fabrik und die Arbeitsbedingungen in der Fabrik gaben dem Prozesse eine ganz besondere Bedeutung.

Blachowski nahm in jungen Jahren Anteil an der terroristischen Gruppe der polnischen gelben „Nationalen Arbeiter-Partei“ (NPR). Die zaristische Regierung verurteilte ihn zu sechs Jahren Kerker und versandte ihn später lebenslanglich nach Sibirien. Durch die russische Revolution befreit, kam er nach Polen im Jahre 1919 zurück. Hier ist er in die reformistische „Polnische sozialistische Partei“ (PPS), die an den meisten Regierungen Anteil genommen hat, eingetreten. Nach einer gewissen Zeit bekam er Arbeit in der Textilfabrik in Zyrazdow.

Diese Fabrik — eine der größten in Polen — beschäftigte vor dem Krieg bis 10 000 Arbeiter und gehörte dem Deutschen Dieler. Als Polen eine selbständige Republik wurde, war die Zyrazdower Fabrik, ähnlich wie viele andere, geschlossen. Unsere Arbeitslosenarmee war schon damals groß. Anstatt die Fabriken zu sozialisieren, übernahm die Regierung nur die Kontrolle über sie, investierte viel und setzte die Zyrazdower Fabrik in Gang. Die Liebe der polnischen kapitalistischen Parteien — ähnlich ihrer Schwesterparteien in allen anderen Ländern — zu Gott Mammon trägt immer einen spezifisch „patriotisch-individuellen“ Charakter. Als einige Jahre später die „echt polnische“ kapitalistische „National-Demokratische Partei“ zur Macht kam, hat sie für lumpige Groschen (es war die Zeit der Inflation) diese Fabrik einer Gruppe französischer Kapitalisten geschenkt — sind sie doch unsere „Allyierten!“ Das war echt „polnisch-patriotisch!“ Später beschloß zwar der Sejm, den Handelsminister Kucharski vor das Staatstribunal zu stellen, aber der Beschluß hatte keine Folgen.

Als Dank für dieses feine Geschenk haben die französischen Kapitalisten ein Kerkerregime in der Fabrik eingeführt. Die Ausbeutung und Unterdrückung der polnischen Arbeiter nahm hier erschreckende Dimensionen an.

Blachowski, der einen aktiven Anteil an der lokalen Arbeiterbewegung nahm, fühlte dieses Regime besonders stark. Als er Vorsitzender des Stadtrates wurde, behandelte ihn die Fabrikdirektion etwas besser. In Bläde entstand aber eine Spaltung in der „Polnischen Sozialistischen Partei“ (PPS), und Blachowski ging zu der regierungstreuen „Revolutionären Fraktion der alten PPS“ über, in der verschiedene Kliquen mit einander kämpften, und Blachowski verlor sein Ehrenamt.

Die Arbeitsbedingungen in der Fabrik wurden immer schlimmer, viele Arbeiter wurden abgebaut, und schließlich wurde auch Blachowski entlassen.

Einige Tage später erschloß er den französischen Hauptdirektor Köhler.

War das ein Akt der individuellen Verzweiflung? War das ein Protest gegen sein persönliches Unglück? Oder war das eine gesellschaftliche Rache gegen den Unterdrücker?

Die Zeugen und Blachowski selbst gaben zu, daß ihn persönlich die Fabrikdirektion viel besser behandelte, als die übrigen Arbeiter. Er verdiente auch mehr. Und sogar nach der Entlassung hatte seine Frau Arbeit in derselben Fabrik, er bekam auch eine kleine Regierungspension. Und das Wichtigste: Blachowski wußte, daß der Befehl zu seiner Entlassung nicht vom Hauptdirektor Köhler, sondern von Köhlers Gehilfen unterschrieben wurde.

Warum hat also Blachowski ihn doch erschossen? Die Presse, die öffentliche Meinung — besonders die proletarische — stellt jetzt die Frage: Ist Blachowski ein proletarischer Terrorist?

Ich habe die berühmtesten russischen und polnischen revolutionären Terroristen, wie auch die bescheidenen, oft unbekannteren Arbeiter-Terroristen gekannt. Sie alle handelten bewußt. Sie alle glaubten subjektiv, daß ihre Aktion notwendig und nützlich war, sie fühlten sich als revolutionäre Pioniere. Als ich aber Blachowskis blaues Gesicht im Warschauer Gericht sah und seine Rede hörte, fühlte ich, daß hier eine ganz eigenartige proletarische Tragödie sich abspielt, die nur in der Nachkriegszeit geschehen konnte.

Blachowski ist kein Extremist, er gehörte zu den „regierungstreuen Sozialisten“. Er ist jetzt prinzipiell gegen Terrorakte, wie das aus der oben zitierten Rede hervorgeht. Ich glaube, daß man dieses Rätsel nur lösen kann, wenn man nicht Blachowskis patriotisch-geführte Logik und Anschauungen in Betracht zieht, sondern vor allem seine proletarischen Instinkte.

Sein Leben war ein Martyrerweg. Sechs Jahre verbrachte er geschmiedet in Ketten in der russischen „Katorga“. In Sibirien heiratete er, und brachte von dort eine Frau und kleine Tochter. Im Jahre 1920 nahm er Anteil an dem polnisch-russischen Kriege, arbeitete später als Kohlenarbeiter in Frankreich, kam zurück; persönlich war er mit vielen hochstehenden Persönlichkeiten verbunden, den gegenwärtigen Premierminister Prystors imbezogen. Als er arbeitslos wurde, begann er — zu trinken... „Ja, — erklärte er in seinem „letzten Worte“ — „Blachowski hat getrunken, aber er war kein Alkoholiker... Es ist wahr, ich habe getötet, aber es ist auch wahr, daß ich nicht verstehe, wieso ich, der ich ein Gegner des Terrors bin, es tun konnte.“

Aber einer der Zeugen, ein Fabrikinspektor, erklärte: „Als ich Blachowski sah, war er so verzweifelt, daß ich schon damals dachte, daß die Katastrophe sich nähert. Ich dachte aber, daß Blachowski einen Selbstmord — und nicht einen Mord — begangen wird.“

Es ist sehr möglich, daß Blachowski in seiner Verzweiflung einen Selbstmord begangen wollte. Die Zeitungen registrieren ja täglich neue Selbstmorde — aus Not, Hunger, Arbeitslosigkeit. Und die Zahl wächst und

wächst. Aber als der Direktor ihm hechnützig und provokierend sagte: „Weg!“ — wurde noch tiefer seine menschliche und Arbeiterwürde beleidigt — und der Proletarier erschloß den Vertreter des Kapitals. „Köhler war kein Freund der Arbeiter. Ich habe ihn gehetzt, wie nur ein Ausgebeuteter den hassen kann, der ungerechten Profit von der Arbeit zieht“, — erklärte Blachowski.

In der Fabrik herrschte tatsächlich ein Gefängnisregime. Die plutokratische Selbstherrschafft und uneingeschränkte Diktatur des Kapitals feierte hier ihre Orgien. Die Zeugen — meistens hochgestellte Leute (Stadtpräsident, der Ex-Wojewode, der ständige Vertreter des Direktors, der Fabrikinspektor usw.) erklärten z. B., daß der Herr Hauptdirektor Arbeiter mit grauen Haaren oder Arbeiter mit einem Schnurrbart nicht duldet! Er „toleriert“ auch nicht die Arbeiterinnen, die zu dicke Füße hatten... Ein Arbeiter, der in der Fabrik schon 33 Jahre arbeitet, erklärte: „Während der zarischen Zeiten lebten die Arbeiter besser, als im Jahre 1926!“ Man entließ Arbeiter, die Ämter in der lokalen

Gewerkschaft bekleideten. Eine Gruppe splinterte die zweite usw. „Ich hatte den Eindruck“, sagte der Beschuldigte, „als ob durch die ganze Stadt ein einziger Ver zweiflungsschrei ginge, ich habe gesehen, wie man Arbeiter auf die Straße warf, ich habe gesehen, wie Arbeitslose hungern, ich habe Alkohol getrunken, ich würde Pech angetrunken, um nur zu vergessen — und über das alles nicht zu denken.“

Ich glaube, dieses Bild erklärt das Hauptmotiv. „Um nur zu vergessen, um das alles nur nicht zu sehen...“ Und daher erschloß der prinzipielle Gegner des Terrors den Vertreter des Kapitals. Der Stadtpräsident erklärte vor Gericht (als Zeuge): „In diesem Prozesse gibt es überhaupt nicht einen Mord. Das war ein Selbstmord. Blachowski war nur ein Werkzeug des Schicksals, welches ihm den Revolver in die Hand legte. Köhler hat sich selbst getötet.“

Und die Tausende von Arbeitern in Zyrazdow erklärten, wie sie — die am meisten Interessierten — den Prozeß verstanden haben. Am Tage, an dem die Gerichtsverhandlungen begannen, erklärten sie einen 15 Minuten langen demonstrativen Streik. Zum zweiten Male erklärten sie den Streik an dem Tage, an dem das Gericht das Urteil formulieren sollte. Das war eine klare und klassenbewußte proletarische Antwort auf die kapitalistische Ausbeutung. Das war die historische Warnungsstimme des Proletariats. Der Gott der Rache erhob sich gegen den Gott des Mammons...

Blachowski wurde zu fünf Jahren Gefängnis — ohne Verlust seiner Bürgerrechte — verurteilt.

Rrrreaktion!

Von Adolf Glasbrenner

Allgemeine Hundefreiheit

Der Magistrat von Oheu geht damit um, die Hundesteuer aufzuheben und eine allgemeine Hundefreiheit einzuführen. Unverbürgte Nachrichten sagen, es sei bereits eine Kommission niedergesetzt, welche nachfolgenden Entwurf einer Hundeverfassung vorlegen würde:

„Wir

von Oheus Onnen, Magistrat von Oheu, erklären für das ganze Gebiet Unserer Residenzstadt hiermit öffentlich, feierlich und für ewige Zeiten die vollkommene Hundefreiheit wie folgt:

1. Alle Hundegewalt geht vom Magistrat aus.
2. Die Regierungsform ist die hündlich-monarchische. Die Freiheit der Hunde ist unantastbar.
3. Da aber Freiheit ohne Ordnung und Gesetz nicht möglich ist, so sichern wir die Oheuer Hundefreiheit durch die nachfolgenden Gesetze:
4. Jeder Hund muß am Strick geführt werden.
5. Kein Hund darf blaffen oder beilen.
6. Von den §§ 4 und 5 sind nur die größten Schweinehunde ausgenommen, welche frei umhergehen und ungehindert beilen dürfen.
7. Jeder Hund muß ein schwarz-weißes Halsband tragen, auf welchem die Worte: „Mit Gott, für König und Vaterland“ stehen.
8. Außerdem muß jeder Hund da, wo der Schweif beginnt, einen Reiß (Zwickel

D. Red.) mit dem Oheuer Magistratsstempel tragen.

§ 9. Kein Hund darf sich zu einem andern Kunststück als zu dem, einen sogenannten „Diener machen“, abrichten lassen.

§ 10. Das bekannte Nachforschens, Spionieren der Hunde untereinander, darf, obwohl eine ausländische Form desselben wünschenswert wäre, in keiner Weise beschränkt werden.

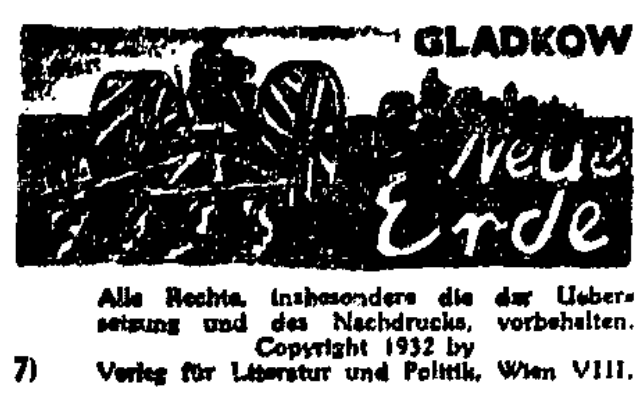
§ 11. Die Moralität und Reinheit der Stadt Oheu machen es notwendig, die bisherigen unvermeidlichen, natürlichen Ausgehungen der Hunde auf ein dazu gesetzlich zu bestimmendes Lokal zu beschränken.

§ 12. Jeder Liebhaber und jede Liebhaberin bedarf für einen vom Oheuer Magistrat auszustellenden Heiratschein.

§ 13. Sämtliche Hundebesitzer — mit Ausnahme derjenigen, welche die Hunde zu ihrem Geschäft gebrauchen — sind Urwähler. Diese Urwähler wählen — denn nur so kann ein bestmögliche Grundlage verstanden werden — 100 Wahlverleiher, welche ihrerseits 50 Wahlmänner wählen, aus deren Mitte mittels direkter Wahl 10 Abgeordnete behufs Vereinbarung einer Hunde-Verfassung hervorgehen.

Nachtrag. Sollte die Hundebesitzer-Kammer verlegt und verlagert werden, so hat der Magistrat recht und jeder Hund ist angewiesen, freudig zu wedeln, wie andere ausländische Hunde immer tun. Knurrende werden standrechtlich erschossen.

Oheu, im strengen Wintermond.
Die Kommission für Entwurf eines Entwurfs zur Vereinbarung einer Hundeverfassung behufs der zu gestellenden Hundefreiheit.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdruckes, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Die Krakeelerin

Wjetrows Frau stand auf der Straße, gegenüber der Oelmühle, versteckte die Hände unter der Schürze und unterhielt sich mit den Lastträgern. Sie war rasch aus dem Haus getreten, und stand nun da in ihrem Alltagskleid, hatte eine schmutzige, auf der Schulter zerrissene Bluse an, Wollstrümpfe und zerrissene Gummiüberschuhe. Groß gewachsen, knochig, streckte sie den Bauch vor und sprach mit der tiefen, zänkischen, beleidigten Stimme eines geschlagenen Menschen. Ihr Gesicht war groß, bäuerisch, ausgemergelt und weik, mit scharfen Backenknochen, spitzem Kinn und erhobter Nase. Die Augen lagen tief, die Lider waren wie bei einer Wasserstüchtigen, aufgedunsen. Sie sah mich von der Seite in dunkler Erwartung an. Und als meine Augen ihren erwartungsvollen Blicken begegneten, wußte ich sofort, daß sie mich aufgelauret hatte. Die Wjetrowsa sprach laut rülpsend, lachend und doch schwermütig, und die Kommunare zwinkerten einander zu, antworteten ihr spaßhaft, aber unwillig.

„Auch ihr brüllt schon in einem fort: „Kulaken!... Ihr verdammten Krachte!“ Sie spottete nälend hinter ihnen drein und schien sie mit ihrem spitzen Kinn stechen zu wollen. „Kulaken!“ Ihr Dorftrötel... In einer gemeinsamen Baracke hat man euch Dummköpfe zusammengetrieben wie Gefangene, man schindet euch alle sieben Häute ab...“

Ein bärtiger Kommunare lachte breit, die Zähne unter dem Bart glänzten.

„Plärr nicht so, Matwejwna! Unter all den Dummköpfen muß dir Uebergeschelten das Leben ja wie ein Festtag vorkommen.“

„Dummköpfe sind überall gleich. Und ein Gescheiter kann von einem Dummen nichts haben, außer seinem Buckel...“

„So siehst du aus, Frau Vorsitzende! Die Dummköpfe arbeiten, machen den Buckel krumm, du ganz Schlaue aber tust nichts anderes als fressen! Und wenn du wenigstens fett würdest davon, aber so ist nichts an dir: weder Schönheit noch Freude!“

„Mein Mann ist der größte Dummkopf... Daß ich aber mir die Knochen im Leib für andere breche, nicht für meine eigenen Interessen, nein, nein, so blöd bin ich nicht. Ich hab noch bei meinem Vater als reiche Haus-tochter gelebt.“

„Aber wesset. Brot frißt du, wessen? Matwejwna, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Du aber bist wie ein Schmarotzer: ißt fremdes Essen und spuckt dazu noch in die Fressen.“

„Ich bin eine verheiratete Frau, und mein Mann ist verpflichtet, mich zu ernähren, mich und die Kinder. Als ich im eigenen Nest lebte, hat niemand die Zunge wegen des Stückchens Brot gewetzt, und jetzt bin ich allen ein Dorn im Auge. Verflucht soll ihr sein mit eurer Kommunel-Niederbrennen sollte man sie, daß nichts als Asche bleibt und es noch hunderte Meilen weit nach Rauch stinkt! Die Familie habt ihr zerstört, die Menschen sind wie verpestet, und die Herzen sind nicht mehr frei... Ich hab Andrej nicht geheiratet, um so zu leben...“

Von irgendwo erschien plötzlich Grischanja, er war der Leiter des Fuhrparks. Sein Kopf war klein wie der eines Nagetiers, der Körper aber der eines Kämpfers. Er näherte sich energisch Wjetrows Frau und schrie sie mit heulender Baritonstimme an: „Bürgerin, Wjetrowal! Gehen Sie zu des Teufels Großmutter! Ich verbiete Ihnen

strengstens, hier Ihre Agitationsreden anzukurbeln. Steuern Sie Ihre Gummiüberschuhe mit Voligas zurück und... Bitte sehr!“

Wjetrowsa Frau wandte ihm voller Verachtung ihren Bauch zu und warf den Kopf laut brüllend zurück.

„Ich bin keine Straßenhure, und du bist kein Polizist. Wer bist du überhaupt? Hast dich hier eingemischt, du Landstreicher, ohne Dach und Fach... und machst dich noch patzig. Schaut euch mal diesen Affen an!“

Die Lastträger lachten.

„So ein Weibstück! So eine bissige Natter! Daß du seine Grabscheibe bist, davon kann sich der Magen eines Mannes wirklich umdrehen!“ — riefen sie.

„Ich flehe Sie an, Bürgerin Wjetrowsa, gehen Sie weg! Desorganisieren Sie uns nicht mit Ihren Skandalen...“

Ich ging an ihnen vorbei und lächelte Grischanja freundschaftlich an. Er zog freudig die Mütze vom Kopf und grüßte mich ehrerbietig.

„Galja Iwanowna, meine Hochachtung!“ Die Wjetrowsa wandte sich schroff zu mir. Ohne es zu wollen, schloß ich die Augen vor ihrem Blick.

„Auf dich passe ich schon die ganze Zeit, mein Schätzchen! Warte nur, warte nur, du Bettelweib! Wird du dich noch lange an fremden Männern reiben? Genügt es dir nicht, sie in der Nacht zu dir zu locken, mußt du dich auch am helllichten Tag ihnen an den Hals hängen? Wart nur! Renn' nicht fort! Ich werde dir sowieso vor allen anständigen Menschen in die Fresse spucken.“

Ihre Schreie peitschten über meinen Rücken, mit allen Kräften bemühte ich mich, ruhig zu bleiben, aber mein Herz krampte sich zusammen und raste vor Kränkung und Angst. Grischanja ging neben mir und lachte verlegen und verwirrt.

Die Wjetrowsa lief hinter mir her und grüßte so laut, daß es in der ganzen Kommune zu hören war. Schon von weitem, aus den schwarzen leeren Türen, aus der Milchfarm, aus dem Getreideschuppen, aus der Küche blickten uns die Menschen entgegen und hörten gierig dem wilden Geschrei der Wjetrowsa zu. Die Lastträger lachten laut. Die Wjetrowsa hatte Lust, handgreiflich zu werden, trippelte aber feige, sich in einem fort umsehend, hinter mir her. Sie schimpfte wütend und fürchtete Grischanja.

Grischanja und ich gingen wortlos nebeneinander und ich zitterte vor Scham und wütendem Verlangen, dieses wilde Frauenzimmer zu packen und tüchtig zu verprügeln. Grischanja stieß mich leise an und sagte, heiser vor Zorn.

„Beilen Sie sich, Galja Iwanowna... Ich bitte Sie, versuchen Sie so schnell wie möglich die Krippe zu erreichen. Ich werde mir erlauben, dieses viehische Frauenzimmer hier zurückzuhalten.“

„Beunruhigen Sie sich nicht, Grischanja. Ich hab keine Angst vor ihr. Mir wär's sogar lieber, wenn sie's noch ärger triebe. Dann könnte man ein rascheres Ende machen.“

Ich ging ruhig, mit denselben langsamen Schritten weiter, und Grischanja brüllte hinter mir, jedes Wort mit Ueberzeugung betonend.

„Bürgerin Wjetrowsa, das ist verantwortungslos, was Sie hier treiben... Sie provozieren in ganz Klassenunbewußter Art die Kommunare und den Genossen Wjetrow.“

„Scher dich zum Teufel, Dummkopf! Was stänkerst du hier herum? Läßt mich in Frieden, sag ich dir, ich werde dir deine Fresse zerschlagen.“

„Bürgerin Wjetrowsa, liquidieren Sie Ihr schändliches Benehmen, ich flehe Sie an... Da kommt gerade Genosse Wjetrow, welche Unsumme von Unannehmlichkeiten bereiten Sie ihm, Bürgerin Wjetrowsa...“

Das Kreischen der Wjetrowsa verstummte (Fortsetzung folgt.)

Zu den Gemeindewahlen

Bürgerschaftswahl in Lübeck

Selbständig tritt die Partei mit einer eigenen Liste auch zur Bürgerschaftswahl auf den Plan. Gegen das Versagen der SPD und KPD stellen wir die Kampfpolemik der neuen sozialistischen Partei. Wir wollen das alte Banner der revolutionären Arbeiterbewegung rein von den Schandflecken der Bankrotteure zum Siege führen.

Darum SAP!

Nicht, weil wir wieder eine neue Partei neben den alten gebrauchen. Nicht, weil wir den Massen vorschwatzen wollen, die Entscheidungen könnten durch Stimmrecht und Parlamentarismen fallen. Aber, weil wir den Bürgerschaftswahlkampf als günstige Gelegenheit betrachten, um den Arbeitern unsere Parolen näher zu bringen, weil der „Kampf“ um die Lübecker Bürgerschaft uns Gelegenheit gibt, rücksichtslos aufzuzeigen: den Bankrott des kapitalistischen Systems und seine brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, die grenzenlose Demagogie der Nazis, den Verrat der Reformisten, die vollendete Unfähigkeit der Kommunistischen Partei.

So wird der Bürgerschaftswahlkampf von uns zunächst geführt um unsere große politische Linie, die wir an den örtlichen Ereignissen immer wieder veranschaulichen können. So ist jeder Teilkampf eine Mobilisierung:

Gegen Hunger und Elend, gegen die faschistische Unterdrückung, für Arbeit und Brot, für die Herrschaft der Arbeiterklasse!

Der Verrat des Reformismus zeigt sich in Lübeck in aller Deutlichkeit. Seit 1918 maßgebende Mitregierung der SPD im Senat — an ein Zusammenarbeiten der Arbeitermehrheit SPD-KPD haben beide nicht gedacht — und diese gemeinsame Regierung mit den hanseatischen Pfennigsäckeln ist die Aufeinanderfolge aller der Maßnahmen gegen die Arbeiter, die die Sozialdemokraten mit ihrem Namen zeichnen. Kein einziger neuer Gedanke zum Schutze der Arbeitslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger. Aber: Einführung des Arbeitsdienstes durch die SPD und Gewerkschaften. Kein Schutz der Arbeiter vor Lohnraub, aber Schutz der Riesegehälter vor Abbau. Die Senatoren, die hohen Beamten, die Direktoren der städtischen Betriebe und der vom Staat subventionierten Werke beziehen Gehälter von 12 000, 15 000, bis 60 000 Mark. Im Haushaltsplan: 5000 Mark gegen die Tuberkulose, 45 000 Mark dem Flugwesen als Geschenk. Das sind nur Brocken, aber sie zeigen: das ist nicht der Kurs zum Sozialismus!

Dafür ruft die SPD wieder: „Gebt uns die Macht — für ein rotes Lübeck.“ Sie hatten die Macht, aber sie haben sich als schlechte Sachwalter der Arbeiterklasse erwiesen. Hinweg mit ihnen!

Zeigt ihnen die Liste der Riesegehälter und die Unterstützungspfennige der Armen.

Zeigt ihnen die Manieren der reformistischen Führerschaft, wie sie im Fall Dreger zu Tage getreten sind — Prasserleben auf Kosten der Arbeiter. Wir aber sagen:

Gegen Riesegehälter und „Dreger-Sozialismus“ — für eine lebenswürdige Existenz aller!

(Und die KPD)? — Wo ist ihr Einfluss in Lübeck? Kein Einfluss unter den Massen, kein Betrieb ist durch die KPD kampfbereit gemacht, keine Gewerkschaft aufgerüttelt. Aber Phrasen und Bürokratenmanieren. Die besten Genossen sind aus der KPD herausgeflogen. Was übrig ist, das ist ein über Trümmerhaufen Arbeiter-Kommunisten: mit anpacken ist also die Parole, alles mobil für unsere Losungen.

Wir fordern gegenüber dem kapitalistischen Bankrott die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterschaft. Wir fordern Arbeitsbeschaffung im Sinne des Arbeitsbeschaffungsprogramms der SAP.

Gegen Lohn- und Unterstützungsräub! Gegen die Preisüberhöhung für Gas, Miete und Licht! Gegen alle Zuschüsse an den bankrotten Kapitalismus! — Für Arbeitsbeschaffung! Für Arbeiterkontrolle der Produktion!

Wir zeigen den Arbeitern auch den Weg zum Ziel. Das Ziel wird nie erreicht durch eine Stimmabgabe mehr. Wir gaukeln den Arbeitern auch nicht vor, daß nach Durchführung der einen oder der anderen unserer Forderungen das Paradies auf Erden erreicht sei: Das Ziel ist erst erreicht, wenn das gesamte Proletariat dem Kapitalismus den Todesstoß versetzt. Dazu ist notwendig die aktive Einheitsfront aller Proletariats. Das Proletariat für diese einheitliche Front zum einheitlichen entscheidenden Schlag an unserm Frontabschnitt zu mobilisieren, ist letzten Endes der Sinn unserer Wahlbeteiligung.

Die „Bannerträger“ wollen wieder die unbeschränkte Herrschaft der Pfennigsäcke. Die Arbeiter wollen die Herrschaft ihrer Klasse, die Herrschaft des Proletariats zum Aufbau der klassenlosen Gesellschaft. Darum:

Arbeiter! Schmiedet die Einheitsfront: für ein revolutionäres Lübeck!

Unsere Kandidaten

1. Hein Wigger, Arbeiter, Moising
2. Karl Giesenhagen, Fabrikarbeiter
3. Willi Fritz, Schiffbauer
4. Milla Wernberg, Hausfrau, Moising
5. Adolf Wilken, Eisenbahner
6. Arthur Wilms, Arbeiter
7. Erna Hümmöller, Lagerarbeiterin
8. Carl Paaschen, Eisenbahner, Niendorf
9. Martin Prah, Arbeiter
10. Walter Techel, Arbeiter

Arbeiterklasse letzten Endes nur im außerparlamentarischen Kampf erfolgen kann, aber wir sind auch die Partei, die seit ihrem Bestehen einen gemeinsamen Kampfblock der proletarischen Parteien für Erreichung dieses Zieles gefordert hat! Und wir werden auch die Tribüne des Gemeindeparlamentes dazu benutzen, für den Gedanken des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter zu werben und zu agitieren. Ob er uns in diesem Kampfe unterstützen will, das ist die Frage, die jeder revolutionäre Arbeiter sich selber stellen muß!

Recht nette Zustände scheinen sich in unserer Schule breitzumachen. „Pädagogen“, die mit der fortschrittlichen Elternschaft nicht das mindeste zu tun haben, belieben neuerdings, die Arbeiterkinder mit allen möglichen zoologischen Namen zu belegen. Es hat den Anschein, als ob die Prügelpädagogie die Anwendung des Rohrknüppels und anderer „Erziehungs“-Methoden zweifelhafter Natur als unumgängliche Notwendigkeit betrachten. Besonders Herr Lehrer Vetterlein scheint sich auf diesem Gebiet als erste Kraft zu empfehlen. Wir möchten diesem beachtenswerten Erzieher an dieser Stelle versichern, daß die fortschrittlich denkende Elternschaft von Niederhafflau keine Absicht hat, ihre Kinder solchen fragwürdigen pädagogischen Experimenten auszuliefern. Wir rufen schon heute die gesamte Elternschaft auf, in Zukunft scharf darauf zu achten, ob von ihren Kindern auf diesem Gebiete Klagen eingehen. Die SAP wird gegen reaktionäre Elemente auch im Schulwesen vorzugehen wissen. Alle jedoch, die den Kampf gegen die wachsende Schulreaktion als Notwendigkeit einsehen, fordern wir auf, sich aktiv in unsere Bewegung einzureihen und für den Vormarsch der Liste 5 am 13. November zu wirken!

Planitz

... fest in die Erde stieß er den Schaff!“ Diese Stelle des alten Arbeiter-Trutzliedes kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man die folgende Heldentat der Planitzer SPD-Männer erfährt. Otto Wels, der Allgewaltige, gastierte in Zwickau. Mann und Maus wurde herangeholt. Auch die Planitzer „Eisernen“ durften nicht fehlen, ihm zu lauschen, dem sie noch vor einem Jahr geharnischte Briefe schickten. Aber, o großer Schreck, als man abfahren wollte, fehlte die

rote Ortsgruppenfahne. Arglistige Nazis hatten sie dem zum Fahnenträger avancierten „Schwänzel-Rudi“ entwendet. Nach kurzer Verzögerung fuhr man mit dem wiedergefundenen Fahnenstab als großartig blamierte Europäer los. Die politische Linie fehlt ihnen schon lange, nunmehr sind diese Maulaufreier nur noch ein Verein ohne Fahne. Unser Beileid.

Freidenker. Sonntag, 20. November, 15 Uhr, im Volkshaus Freidenkerversammlung. Genosse Dr. Schmidt-Reichenbach spricht über: „Das geistige Gesicht der Sowjet-Union“. Alle Genossen und auch Freunde aus uns nahestehenden Organisationen sind eingeladen.

Slauen

Der Wahlkampf und sein Ausgang haben unseren Erwartungen entsprochen. SAP und KPD haben je etwa 300 Stimmen verloren, die SPD und die Nazis ihre Stimmen etwa gehalten. Der Verlust der SAP hat seine Ursache in der mangelnden Propaganda, die von den riesenhaften Aufwendungen der

„Eisernen Front“ erdrückt werden mußte. Um die Auswirkung der Spaltung zu bekämpfen hat man besonders nach Sudwestfalen die zugkräftigsten Kanonen der SPD befördert und in Plauen selbst eine ganze Versammlungsreihe durchgeführt, gegen die selbst die zähe Energie unserer Genossen sich nicht durchsetzen konnte.

Immerhin haben selbst die Riesenkanonen der SPD das Verderben nicht aufhalten können. Noch hatten sie sich hier, dank der Ueberlegenheit ihrer Geldsacke, aber die Entwicklung im Reich zeigt den unauffällbaren Niedergang der SPD. Um ihn zu vertuschen, schreit die Kakaostruppe wieder einmal nach der Streusandbüchse, um die Sapler zu begraben; das haben wir wohl schon mal gehört. Leider können wir ihnen den Gefallen nun einmal nicht tun, bei dieser SPD-Politik wird sich bald genug herausstellen, daß auch die größten Geldsacke nicht verhindern, daß die besseren Grundsätze der „Toten“ Sapler sich vorwärts ringen.

Der Verlust der KPD in Plauen ist umso bemerkenswerter, als die KPD allgemein einen starken Zustrom verärmerter und verblitterter Volksschichten, vor allem auch ungeduldiger Naziwähler, zu verzeichnen hat. Auch die Propaganda der KPD war zum mindesten ebenso stark wie die der SPD. Angesichts der Erfüllung, die in den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern über den letzten „Streiktag“ Janka bei Radio-Lange herrscht, wird ohne weiteres das als Grund anzusehen sein, warum viele wandernde Elemente aus heiligem Schreck vor solch gemalter Politik lieber beim alten Trotz der SPD blieben, statt den „kühnen revolutionären Sprung“ zur Gegenseite zu unternehmen. — Es spart ihnen vielleicht eine bittere Enttäuschung, für die KPD aber ist dies Ergebnis ein neuer schmerzlicher Schlag — eben hat man Verner liquidieren müssen, schon bückt auch Janka wieder Schliff — es ist schwer, heute KPD-Sekretär zu sein.

Bemerkenswert ist übrigens, mit welcher Begründung die SPD eine Listenverbindung mit der SAP bei der Stadtverordnetenwahl ablehnte (die „Einheitsfront“-KPD hatte überhaupt nicht geantwortet). Die SPD veröffentlichte einen längeren Schrieb in der Kakaostruppe, in dem die Ablehnung der Listenverbindung damit begründet wurde, daß die SAP auf die SPD-Wahlplakate Klebezettel angebracht hätte und daß die SAP weiterhin den Genossen Nitschke als Posträuber bezeichnet habe. Das sind allerdings ungewöhnlich politische Gründe! Nicht erwähnenswert fand die Kakaostruppe, daß die Plakate der „Spalter“ im Gewerkschaftshaus von den Männern der Eisernen Front nicht nur beklebt, sondern überhaupt abgerissen und gestohlen wurden — und daß der liebe Genosse Nitschke leider wirklich Briefschaften der SAP widerrechtlich zurückgehalten hat. Trotzdem machte die SAP ihr Angebot, weil sie eine ganze Bewegung nicht für die Taten einzelner verantwortlich macht, wenn es gilt, die Interessen aller Arbeiter zu vertreten. Die Ablehnung der SPD aus diesen kramphaften Gründen dient nur aufs neue den Propagandazwecken der bösen Sapler.

Für den Gemeindewahlkampf werden die „Toten“ nochmals ihre einzige Agitationskraft, den Opfermut jedes einzelnen Genossen, bis zum äußersten anspannen. Und das Ergebnis der Liste 5 wird zeigen, wie lebendig sich die Toten gegen die Geldsäcke der Faschisten und Reformisten geschlagen haben!

Versammlungskalender

SAP Dresden, Abl. 1 West: Donnerstag, den 17. November, 19.30 Uhr, im Luftbad Cotta: künstlerische Veranstaltung „Novemberstürme“.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 3. Gruppe, 6. Bezirk, 4. Kreis. Sonntag, den 20. November, findet unsere Gruppen-Turnstunde mit Hauptversammlung in der Turnhalle der Turnerschaft Reichenbach statt. Beginn 9 Uhr. Die Lehrstunde mit Hauptversammlung des 6. Bezirks findet am 4. Dezember, 9 Uhr, in Zwickau, Lohar-Streitstraße statt. Der 2. Kreisturnwart ist anwesend. Zahlreiche Beteiligung erhofft der Gruppenturnwart Richard Körner.

Dresden

Kauft bei **Schuh-Oestreich** das billige Schuhhaus Dresdens

Vorverkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben LiMu

Radebau

Alle Schuhreparaturen bei **Erich Gebauer**
RADEBEUL - Serkowitz Str. 72 - Nizzastr. 43
Ballonfahrräder v. 55,- bis 90,- Mk., Mäntel v. 1,45 bis 4,50 Mk.
Schlöche 0,75 bis 1,20 Mk. — Ersatzteile und Reparaturen
Fr. Philipp, Radebeul, Bahnhofstraße 1

Kauft im Textilgeschäft der kleinen Preise **Anna Barthel**
Bahnhofstraße 1a.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Heldena

Heldenaer Hof, Inh. Ernst Tannert
Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeiniger Krosswein
Verzehrzimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.
Verkauft ff. Würstwaren auch über die Straße.

Jeder Genosse, jede Genossin! Wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**

Chemnitz

Am Sonntag stimmen alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen für die Liste der SAP: Willi Bennowitz—Erich Stedell

Unsere Liste 11 hat Listenverbindung mit SPD und KPD.

Die SAP beteiligt sich (mit Ausnahme von Geve) auch in allen anderen Orten des Bezirks. In denen wir Ortsgruppen haben, mit eigenen Listen an der Kommunalwahl. In dem Orte Gabelitz bei Oederan ist eine Arbeiterliste aufgestellt worden, auf der ein Genosse an sicherer Stelle steht.

Sonabend, den 19. November, 19 Uhr, und Sonntag den 20. November, 9 Uhr, Wochenendkursus der SAP und des SJV über: Probleme der Revolution. Redner: Gen. Paul Frolich. Kursusbeitrag für Vorkursarbeiter 40 Pf., Erwerbslose 20 Pf. Lokal: Jugendheim Zschopauer Straße 47.

Falkenstein i. V.

Wir führen den Wahlkampf mit zäher Energie! Unsere Ortszeitung ist ein wichtiger Pionier unserer Arbeit, der „Rote Sturm“ muß in jede Arbeiterwohnung. SPD und KPD haben unsere Listenverbindung abgelehnt, sie beweisen damit ihre Unfähigkeit, wirkliche Einheitsfront zu schaffen. Besonders die KPD führt ihren Kampf gegen uns mit übelster persönlicher Verleumdung. Arbeiter! Laßt euch nicht irren machen! Für die ehrliche Einheitsfront ist heute die SAP die einzige Kämpferin! Ihr stark die Einheitsfront aller Arbeiter, wenn ihr bei der Gemeindewahl für die Liste Unger-Unger stimmt!

Glauchau i. Sa.

Einwohner Glauchaus, Arbeitersportler und Freidenkergenossen! SPD und KPD haben das Listenverbindungsangebot der SAP zur Gemeindewahl abgelehnt. Sie haben damit bewiesen, daß ihre Einheitsfrontparolen eitle Schaumschlägerei sind. Gebt ihnen am 13. November die richtige Antwort und stimmt für die Liste 7 der Sozialistischen Arbeiter-Partei mit den Kandidaten: Wagner, Gurke, Serchen, Haschker, Ulrich, Böttcher, Schneider, Grunert, Rudolf, W. Haschker!

Leipzig

Am 13. November stimmen alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen für die Liste der SAP: Dasecke—Leonhard—Sophie Ziegler. Unsere Liste ist verbunden mit den Listen der SPD und der KPD.

Mylau

Einen drastischen Beweis für den „Kampf um sittliche Erneuerung“, der von den Nazis täglich geführt wird, liefert folgende Mylauer Begebenheit. Am vergangenen Sonnabend wurde ein 14-jähriges Schulmädchen auf dem Nachhausewege vom Zeitungsaustragen von dem SA-Mann Walter Tausch in der Schloßstraße aus dem Wohnungsfenster heraus angerufen und aufgefordert, zu ihm hinaufzukommen. Das Mädchen glaubte, es handelte sich um eine Zeitungsangelegenheit und betrat arglos die Wohnung Tauschs, der verheiratet ist. Als es in der Stube war, verschloß Tausch, der sich in einem ziemlich merkwürdigen Aufzuge befand — er trug lediglich einen Pullover und ein Handtuch um die Oberschenkel gewickelt — hinter ihm die Tür. Darauf reichte er dem Mädchen ein Fünfzigpfennigstück und fragte es, ob es ihm einen Gefallen tun wolle, nämlich den Rücken — und einen bestimmten Körperteil an seiner Vorderfassade mit Niveacreme einreiben...! Das vollkommen bestürzte Mädchen wies diese echt germanische Zumutung entrüstet zurück und benützte den ersten günstigen Augenblick, um zur Tür zu eilen, den Riegel aufzureißen und aus der Wohnung des Wüstlings zu entkommen. Tausch hatte gerade noch Zeit, ihr mit deutlicher Offenheit nachzubrüllen: „Wehe, wenn du was verraten tust!“ Atemlos zu Hause angelangt, teilte das Mädchen ihren Eltern den ganzen Vorfall mit und der empörte Vater verständigte die Gendarmerie.

Niederhafflau

Ein letztes Wort an alle Wähler und Wählerinnen, welche morgen zur Gemeindewahl ihr Stimmrecht ausüben! Es ist bekannt, daß zur Gemeindewahl die SAP mit eigenen Listen auftritt. Wäre es nach der Auffassung unserer Partei gegangen, so hätte es möglich sein müssen, eine einheitliche Arbeiterliste für die Wahl zustandezubringen. Daß dies nicht möglich war, beweist wohl, daß weder SPD noch KPD gewillt sind, wirklich für praktische Einheitsfront aller Arbeiter zu kämpfen. Die letzten Vorgänge in den Gemeindeverordnungsitzungen haben gezeigt, daß das sture Verharren der SPD-Führer in reformistischen Ideen und die unverantwortliche Politik der KPD nicht dazu angehen sind, die wirklich noch durchzuführenden Möglichkeiten für den Fortschritt der Arbeiterklasse auch im Gemeindeparlament auszunützen. Wer nun dafür ist, daß auch im Gemeindeparlament eine proletarische Politik getrieben wird, die im Interesse aller Arbeiter, nicht nur einer Partei oder gar einzelner Personen liegt, wer die fortschreitende Faschisierung der Gemeinden bremsen will, der gibt am 13. November seine Stimme für die Liste 5 der SAP! Wir wissen, daß die Befreiung der

Beschlüsse des Parteivorstandes

I.
Der Parteivorstand der SAP hat sich in seiner Sitzung vom 7. November mit dem Wahlergebnis vom 6. November befaßt. Einmütig war die Auffassung, daß das Wahlergebnis nicht befriedigend ist, daß aber unsere Parteigenossen und Funktionäre auch in diesem Kampfe trotz aller Schwierigkeiten ihre Pflicht für die SAP erfüllt haben. Das Wahlergebnis selbst ist aber im Parteivorstand niemandem überraschend gekommen, und wenn auch in aller Ausführlichkeit und Eindringlichkeit die Schwächen und Mängel unserer Bewegung besprochen wurden, so hat doch kein Genosse aus dem Wahlergebnis die Schlußfolgerung gezogen, daß etwa die SAP liquidiert werden soll. Die Arbeit für das Durchsetzen unseres Willens und unserer Ideen in der Gesamtarbeiterbewegung muß ohne Illusionen mit verstärkter Energie fortgesetzt und die Grundlage für eine werbekräftige Bewegung geschaffen werden.

Im Anschluß hieran hat der Parteivorstand die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagbes beschlossen.

II.
Der Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung vom 7. November ausführlich mit den gegen den Genossen Fritz Lewy und zum Teil auch gegen die Genossin Ruth Seydewitz von der SPD-Presse erhobenen und von einzelnen Parteioptionen aufgenommenen Vorwürfen befaßt und zu den Vorwürfen und den Veröffentlichungen in der Presse folgenden Beschlüsse gefaßt:

„Nach Prüfung der Vorwürfe, die gegen den Genossen Fritz Lewy und die Genossin Ruth Seydewitz erhoben worden sind, stellt der Vorstand fest:

Es liegt nichts vor, was den Vorwurf parteischädigenden Verhaltens rechtfertigen könnte.

Genosse Lewy und Genossin Seydewitz besitzen nach wie vor das Vertrauen des Vorstandes.

Der Vorstand bedauert, daß die Redaktion der „SAZ“, ohne den Genossen Lewy auch nur zu hören, eine unzutreffende und den Genossen Lewy herabsetzende Erklärung aufgenommen hat.“

Nach dieser Aussprache und dieser Beschlüßfassung hat der Genosse Fritz Lewy als Redakteur des „Kampfsignal“ dem Parteivorstand folgende Erklärung abgegeben:

„I. Von seiten der Gruppe Seigewasser sind durch Rundschreiben und — über den ehemaligen Redakteur der „SAZ“ Lehmann — durch die sozialdemokratische Presse schwere Beschuldigungen gegen mich wegen Herausgabe einer Wochenzeitung erhoben worden. Nach Bericht der „SAZ“ vom 6. 9. 32 haben die Bezirksleitungen von Schlesien und die Redaktion der „SAZ“ beschlossen, „daß die Herausgabe eines solchen Blattes eines proletarischen Funktionärs unwürdig ist“ und meinen Ausschluß aus der Partei gefordert.

2. Nachdem der Parteivorstand zu dieser Angelegenheit Stellung genommen hat, erkläre ich:

a) um der Partei eine ihr schädliche weitere Debatte nach innen und außen zu ersparen, deren sachliche Austragung durch die Veröffentlichungen der „SAZ“, die ohne mich auch nur zu befragen, erfolgt sind, erschwert oder unmöglich gemacht ist;

b) um dem Fraktionskampf in der Partei die Möglichkeit zu nehmen, den politischen Kampf gegen mich in persönlicher Form zu führen,

habe ich erstens die Herausgabe des Blattes eingestellt und lege ich zweitens die mir vom Parteitag übertragene Funktion als Redakteur des „Kampfsignal“ nieder.

Nach dieser Niederlegung der Redaktion des „Kampfsignal“ durch den Genossen Lewy hat der Parteivorstand dem Genossen Max Seydewitz die Redaktion des „Kampfsignal“ übertragen, die dieser von der nächsten Nummer ab bereits übernimmt.

Der Parteivorstand betrachtet mit seinem Beschluß und mit der Erklärung des Genossen Lewy die Angelegenheit als erledigt.

III.
Der Berliner Bezirksvorstand der SAP hat einige Tage vor der Wahl das Parteivorstandsmitglied Karl Frank aus der Partei ausgeschlossen, weil Karl Frank für den Anschluß an die SPD und die Eiserne Front Propaganda gemacht hat.

Karl Frank hat dem Parteivorstand mitgeteilt, daß er zwar die Berechtigung dieses Ausschlusses nicht anerkennt, aber gegen den Ausschluß keinen Einspruch erhebt und Aufnahmeantrag in die SPD gestellt hat.

Der Parteivorstand hat sich mit dem Fall Frank in seiner Sitzung vom 7. November in ausführlicher Aussprache befaßt und dabei folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Ausschlüsse des Genossen Frank, der Genossen Seigewasser und Genossen sind nicht ordnungsmäßig nach dem Statut erfolgt und an sich ungültig. Die Einsprüche der von den Ausschüssen betroffenen Genossen sind aber durch ihre eigenen Erklärungen und Handlungen überholt und erledigt. Die Genossen gehören nicht mehr zur SAP.“

Es ist ganz selbstverständlich, daß die von Frank vertretenen Auffassungen vom Parteivorstand einmütig abgelehnt werden. Während der Zeit der Diskussionen um die Stellungnahme des Genossen Frank

hat der Parteivorstand bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit dafür gesorgt, daß Karl Frank seine Funktionen, auch die als Schutzbündeleiter, nicht ausübt hat.

Der Parteivorstand wird gemeinsam mit der Reichsleitung des Schutzbundes einen neuen Leiter des Schutzbundes bestimmen.

Gegen böswillige Verleumdungen

In einem Rundschreiben der zur KPD gegangenen Seigewasser-Gruppe ist die Behauptung aufgestellt worden, daß dem Partei-

vorstand der SAP größere Geldbeträge zur Verfügung gestellt wurden, über die angeblich kein Ausweis gegeben wurde, die also unterschlagen worden sein sollten.

Die Revisionskommission hat diese Angriffe geprüft und festgestellt, daß diese Anschuldigungen vollkommen unberechtigt sind. Ueber alle eingegangenen Gelder und ihre Verwendung sind Belege und Unterlagen in vollständiger Ordnung vorhanden.

Die Revisionskommission:
Fritz Küster Max Köhler
Kurt Rosenfeld

Berlin und Breslau zu den PV-Beschlüssen

I. Beschlüsse der Bezirksleitung Berlin

1. Die B. L. Berlin billigt — im Gegensatz zum P. V. — den Beschluß der Breslauer Genossen und mißbilligt die Stellungnahme des P. V., nach der Erklärung des Gen. Lewy zur Tagesordnung überzugehen.

2. Die B. L. ist nach Kenntnisnahme des Beschlusses des P. V. nach der Meinung, daß ihr Beschluß in beiden Fällen richtig und notwendig war, diese außergewöhnliche Maßnahme wurde bedingt im Fall Seigewasser durch die Gefahr, daß im anderen Fall Seig. als Mitglied der SAP in der Öffentlichkeit gegen die Partei auftrat, und im Fall Frank durch das zögernde Verhalten des P. V., das ihm ermöglichte, seine Zersetzung in der Partei fortzusetzen und die Beschlüßfassung hinauszuschieben bis nach der Wahl.

II. Beschlüsse des Ortsvorstandes Breslau und der Pressekommission der SAZ

Der Ortsvorstand der SAP Breslau und die Pressekommission der SAZ haben sich mit den Beschlüssen der PV-Sitzung vom 7. November beschäftigt und hierzu folgenden festgelegt:

Im Gegensatz zur Mehrheit des PV sind wir der Auffassung, daß das Verhalten des Genossen Lewy schwer parteischädigend gewirkt hat. Das vom Bezirksvorstand Mittelschlesien beantragte Ausschlußverfahren muß bei der zuständigen Instanz, dem Bezirksleitung Berlin, durchgeführt werden.

Ortsvorstand und Pressekommission weisen die Angriffe der Parteivorstandsmehrheit gegen die Haltung der SAZ in der Angelegenheit Lewy zurück. Die Redaktion mußte, nachdem sie von Berlin trotz dringender Anfrage beim PV uninformiert blieb, in der geschehenen Weise Stellung nehmen, um eine weitere schwere Schädigung der Partei zu verhindern. Ortsvorstand und Pressekommission billigen in gleicher Weise das Bemühen der Redaktion, im Interesse der Partei die Veröffentlichung der Parteivorstandsbeschlüsse in der Parteipresse zu unterlassen und die Diskussion über diese Fragen der Mitgliedschaft zuzuweisen.

III. Stellungnahme der Breslauer Mitgliedschaft

Die SAP Breslau veranstaltete am Donnerstag Abend im großen Saal des „Bergkeller“ eine Mitgliederversammlung, in der Genosse Eckstein über das Thema „Die Wahl vom 6. November und die Aufgaben der SAP“ sprach. Die Versammlung war von rund 900 Genossen und Genossinnen besucht, so daß der große Saal nicht nur bis auf den letzten Platz besetzt, sondern sogar überfüllt war. Die Stimmung der Versammlung war ausgezeichnet. Die Ausführungen des Genossen Eckstein und der Diskussionsredner, die immer wieder betonten, daß die Arbeit der SAP mit ungeborenen Mut und verstärkter Kraft fortgesetzt werden müsse, wurden durch immer erneute Zustimmung der Versammlung unterstützt und zum Schluß in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die SAP und dem vielhundertstimmigen Rufe Kampfbereit zusammengefaßt. Die Versammlung war ein glänzender Beweis dafür, daß in der Breslauer Mitgliedschaft der alte Kampfgeist unvermindert weiterlebt, ja daß gerade jetzt der Wille vorhanden ist, Mängel der Organisation auszumerzen und die Partei schlagkräftiger und effektiver zu machen.

Die politische und organisatorische Stellungnahme der Versammlung fand ihren Ausdruck durch die einstimmige Annahme der folgenden Entschliebung:

„Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hat alle Voraussagen der SAP bestätigt. Während die Wirtschaftskrise sich zuspitzt und die politische Knechtung der deutschen Arbeiterklasse fortgeschritten ist, das Proletariat, gespalten in einen reformistischen und einen ultralinken Flügel, aktionsunfähig. Auch die deutliche Zurückdrängung der Nationalsozialisten kann die konterrevolutionäre Gefahr für die Arbeiterklasse nicht beseitigen, sie wird hierdurch in gewisser Weise sogar gesteigert.

In steigendem Maße ist zu beobachten, daß die Arbeiter der SPD und KPD den Losungen der SAP zu-

gänglich sind. Befangen in parlamentarischen Illusionen und in der Tradition der alten Arbeiterparteien, ziehen sie aber aus ihrer politischen Erkenntnis keine organisatorischen Folgerungen.

Das ist die Haupterklärung für den für die SAP unbefriedigenden Wahlausgang. Sicher aber hat der Wahlkampf selbst auch gezeigt, daß organisatorische Mängel vorhanden sind, die unbedingt abgestellt werden müssen. Mitgliederwerbung und Zeitungsverbreitung müssen stärker als in der Vergangenheit noch erfolgen.

Die Parteimitgliederversammlung begrüßt vor allem, daß der Parteivorstand unmittelbar nach der Wahl einmütig beschlossen hat, den Kampf der SAP verstärkt fortzusetzen. Vom Parteivorstand wird verlangt, daß er aller berechtigten Kritik, die an ihm herantritt, Gehör schenkt und die Organisationen bei ihrer Arbeit tatkräftig unterstützt und führt. Die Mitgliederversammlung begrüßt eine straffe Führung der Partei durch die Parteileitung. In der Kritik aber darf keine Organisationsleitung nur Nörgelei und Fraktionsspielerei sehen. Eine zersetzende Gruppenarbeit lehnt die Mitgliederversammlung ab.

Die Mitgliederversammlung begrüßt den Beschluß des Parteivorstandes, auf einem Parteitag die organisatorischen und politischen Aufgaben der SAP erneut zu untersuchen und die Kräfte der Partei durch die Tagung dieser höchsten Körperschaft zusammenzufassen. Die Mitgliederversammlung würde es mit besonderer Freude begrüßen, wenn der Parteitag in Breslau stattfinden würde.

Die Breslauer Genossen versprechen, getragen vom Vertrauen zur Partei und ihren Führern, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, alles für die Partei, die Werkzeug und Führerin der Revolution sein soll, hinzugeben.“

Die Mitgliederversammlung billigt die Haltung des Bezirksvorstandes und der Redaktion der SAZ in der Frage der Zeitschrift „Was ist los“.

Erklärung der Redaktion

Die Redaktion der „SAZ“ ist der Meinung, daß es genügt hätte, die Beschlüsse des Parteivorstandes zu den Angelegenheiten Fritz Lewy und Karl Frank der Mitgliedschaft bekanntzugeben und in allen Parteiversammlungen zu diskutieren. Eine Veröffentlichung in der Presse haben wir für überflüssig und parteischädlich gehalten. In Übereinstimmung mit den Bezirksleitungen Breslau und Berlin haben wir den Parteivorstand ersucht, in diesem Zeitpunkt, also bevor in den Parteioptionen diskutiert werden konnte, von der Veröffentlichung seiner Beschlüsse abzusehen. Der Parteivorstand hat geantwortet, entgegen unserer Auffassung seine Beschlüsse in der heute erschienenen Nummer des „Kampfsignal“ veröffentlicht zu sollen. Nunmehr sind wir gezwungen, nachdem wir oben unseren Lesern die Beschlüsse des Parteivorstandes mitgeteilt haben, auch unsererseits zu ihnen Stellung zu nehmen.

Die Behauptung der Mehrheit des Parteivorstandes, die Redaktion der SAZ habe zur Angelegenheit der Zeitung „Was ist los in Berlin“ voreilig und in unberechtigter Weise Stellung genommen, entspricht nicht den Tatsachen. Nachdem wir von den Angriffen des Zwickauer SPD-Blattes gegen die Genossen Lewy und Seydewitz erfahren hatten, haben wir sofort in einem dringenden Schreiben den Parteivorstand ersucht, uns zur Veröffentlichung einer Erklärung zu ermächtigen. Wir erhielten die Antwort, daß Genosse Seydewitz auf Reisen sei und daher vorläufig keine Antwort erteilt werden könne. Genosse Lewy rührte sich auf unsere Anfrage, die ihm ohne Zweifel bekanntgeworden ist, mit keinem Wort dem Wunsche des Parteivorstandes entsprechend warteten wir weiter über eine Woche lang auf eine Erklärung des Genossen Seydewitz, bis dann die Veröffentlichungen der Breslauer „Volkswacht“ uns zwangen, nach Verständigung mit den verantwortlichen Funktionären der Breslauer Parteioptionen von uns aus Stellung zu nehmen. Unsere in den letzten Tagen vor der Wahl veröffentlichten Erklärungen gegen die „Volkswacht“-Angriffe erfolgten, nachdem wir uns durch die Lektüre der drei erschienenen Nummern der Zeitung

„Was ist los“ ein Urteil vom Charakter dieses Blattes gebildet hatten.“

Zur Sache selbst sind wir nach wie vor der Meinung, daß die Herausgabe eines solchen Zeitungsorganes eines proletarischen Funktionärs unwürdig ist und eine Schädigung der Arbeiter- und Parteioptionen darstellt. Wir halten daher die Beschlüsse der Mehrheit des Parteivorstandes zur Rechtfertigung des Genossen Lewy für verfehlt und sind der Meinung, daß den erneuten Beschlüssen der Parteioptionen von Berlin und Breslau auf Durchführung eines Ausschlußverfahrens entsprechen werden. Wir sind sicher, daß die überwältigende Mehrheit der Parteioptionen sich mit unseren Standpunkten teilt.

Zur Sache der Ausschlüsse der Seigewasser-Gruppe und des Genossen Karl Frank entscheidet es uns mindestens überflüssig, jetzt noch festzustellen, daß bei diesen Beschlüssen Formfehler gemacht worden sind. Das Verhalten dieser ehemaligen Parteimitglieder zeigt, daß ihr Ausschluß nicht nur gerechtfertigt, sondern unbedingt notwendig war. Daß sie zu anderen Parteien — die einen zur KPD, der andere zur SPD — gegangen sind, ist in nicht etwa die Folge ihrer Ausschlüsse, sondern war, wie wir an Hand genauen Materials wissen, seit langem vorbereitet. Infolgedessen entspricht es dem Selbsterhaltungstrieb der Organisation und der Pflicht der Berliner Bezirksleitung, dem monatlichen Zögern der Parteivorstandsmehrheit durch ihre Beschlüsse ein Ende zu machen.

Nach diesen notwendigen Erklärungen zu den Beschlüssen des Parteivorstandes möchten wir der Hoffnung und Erwartung Ausdruck geben, daß die künftige Diskussion in der Partei im Geiste größter Sachlichkeit geführt wird und von allen Seiten von dem Willen getragen werde, durch die Bereinigung bestehender Meinungsverschiedenheiten die Aktionskraft der Partei zu erhöhen. Wenn die Parteidiskussion in diesem Geiste und mit diesem Willen geführt wird, dann wird die SAP gestärkt aus ihr hervorgehen.

Besteck Hindenburg: „Schlicht, aber keinesfalls nüchtern“

Der Vorstand des Reklamekünstlers der Firma Wellner Söhne in Aue im Erzgebirge scheint sich tatsächlich in einem bemitleidenswerten Zustand zu befinden. Da hat man den sicher sonst ganz wunderbaren Besteck dieser Firma Namen gegeben. Man höre und staune, was es da alles gibt.

„So ist in dem Mozartbesteck der Stil des Barock in eine anmutige, gefällige, vornehm abgeschliffene Form gebracht worden.

Die Besteckform Johann Strauß hat man als „künstlerisch, apart und zweckmäßig“ bezeichnet.

Wenn man das Besteck Freiherr vom Stein nach der modernen Linienführung mit „einfach, klarlinig, eigenartig, neuzeitlich“ gekennzeichnet hat, so ist die zuletzt geschaffene Besteckform, Reichspräsident von Hindenburg, die uns als ein sympathisches, modernes, aus unserem Zeitbegriff heraus entstandenes Erzeugnis anmutet.

„Daneben finden wir ein Bild Hindenburgs, neben Besteck Nummer 499 und darunter folgende Worte, die zweifellos ein außerordentliches politisches Verständnis, ganz abgesehen von der Außerordentlichkeit des Geschmacks verraten: „Hindenburg — straff, aber nicht grobkörnig; wuchtig, aber nicht plump; schlicht, aber keinesfalls nüchtern; sachlich, dabei harmonisch und eindrucksvoll.“

Wir schlagen der Firma Wellner vor, demnächst ein Papenbesteck unter der Devise: „kirchlich, aber keineswegs fromm; energisch, aber niemals erfolgreich“ herauszubringen oder wie wäre es mit einem Hitlerbesteck unter dem Kennwort „glänzend, aber keineswegs gehaltvoll“ usw.?

Die streitbare Kirche

Wir konnten vor einiger Zeit zu unserer großen Freude berichten, wie energisch sich die Marxisten in Mexiko gegen das klassenfeindliche Treiben der katholischen Geistlichkeit wehrten, so daß schließlich sehr zu recht der päpstliche Legat, Erzbischof Ruiz y Flores, des Landes verwiesen wurde. Nun hat der Papst sich vom ersten Schreck über das Treiben der „Roten“ erholt und eine Enzyklika, die nach ihren ersten Worten *acerba animi*, heißt, gegen das gottlose Mexiko geschleudert.

In diesem Sendschreiben wird bewegliche Klage darüber geführt, daß im Staate Veracruz nur ein einziger Priester auf 100 000 Einwohner komme. Wir können uns lebhaft denken, wie wohl sich diese hundertsündigen Menschen ohne „priesterliche Aufsicht“ fühlen. Ferner vergleicht seine Heiligkeit die „Leiden der Kirche in Mexiko“ mit denen in Rußland. Und dann kommt der Höhepunkt der ganzen heiligen Handlung: Was in Mexiko geschehe, müsse den Protest der gesamten zivilisierten Welt hervorrufen, weil die „Verfolgungen“ an die soziale Ordnung selber greifen.

Nur aus diesem Grunde ist die Enzyklika des Papstes gegen Mexiko überhaupt einer Erwähnung wert, weil mit dieser Wendung von der „sozialen Ordnung“ wieder einmal die Vertreter der Kirche zugeben, daß sie sich auf Gedeih und Verderb als Bestandteil dieser gegenwärtigen sozialen Ordnung, der sozialen Ordnung der Klassengesellschaft, des Hungers der Millionen, des Schlemmerlebens einiger weniger, verbunden fühlen.

Innerhalb Mexikos dürfte die Staatsmacht stark genug sein, um unbekümmert um alle Sendschreiben des Papstes ihren Weg weiter zum Nutzen für das Proletariat gehen zu können.

RGO, Nazis und der Berliner Verkehrstreik

Wir haben in der „SAZ“ schon zur politischen Bedeutung des Verkehrstreiks und den sich daraus für die Arbeiterklasse ergebenden Lehren Stellung genommen. Darüber hinaus ist aber notwendig, die Rolle der RGO und ihre etwas eigenartige „Kampfgemeinschaft“ mit der faschistischen NSBO besonders zu behandeln.

Die RGO rühmt sich im Gegensatz zu vielen anderen Streiks, in diesem Fall mit einem gewissen Recht, diesen Streik ausgeführt und geführt zu haben. Wie fast alle von der RGO geführten Streiks ging aber auch dieser verloren und endete mit einer Massenabwanderung der entschlossensten proletarischen Kämpfer. Doch die Schuld an dieser Niederlage liegt in den Augen der Arbeiter weit weniger bei der RGO als bei der reformistischen Gewerkschaftsführung, die mit allen Mitteln den Streik sabotierte und durch ihre Streikabbruchparole einen Bruch des Kampfes unmöglich machte.

Die Frage ist nun: Ist die Taktik der RGO richtig und sollen die Arbeiter die Lehre aus dem Kampf ziehen, die ihnen von der KPD-Presse vorgezogen wird, und die einfach darin besteht: „Alle Arbeiter hinein in die RGO, dann werden in Zukunft derartige Kämpfe gewonnen werden können“? Schon eine einfache und ruhige Überlegung muß jedem denkenden Arbeiter sagen, daß das nicht richtig sein kann, daß hier ein großer Fehler vorliegen muß. Denn noch nie in einem demot großen Kampf hat die RGO eine relativ so große Mehrheit der in Frage kommenden Belegschaft hinter sich gehabt wie in diesem Falle. Und trotzdem ging dieser Kampf verloren. Er ging verloren, weil es zwar unter bestimmten Umständen möglich ist, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, aber niemals gegen den Willen der entscheidenden gewerkschaftlichen Betriebsfunktionäre und den Kern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des in Frage kommenden Betriebes einen Streik zu gewinnen. Diese alte Erfahrung hat der Verlauf des Berliner Verkehrstreiks erneut bewiesen. Man mag über diese sozialdemokratischen Funktionäre schimpfen wie man will. Als Revolutionär kann und darf man nicht eine Politik machen, die sich nur auf moralische Entrüstung über andere stützt, sondern muß mit den vorhandenen Möglichkeiten und Tatsachen rechnen.

Die wichtigste und entscheidende Lehre des Kampfes ist daher: Alles zu tun, um den notwendigen Einfluß in den Gewerkschaften selbst, vor allem im Funktionärskörper, zu bekommen. Nur dann, nur wenn die revolutionäre Opposition den Kern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und den Funktionärskörper beherrscht, bzw. darin einen so starken Einfluß hat, daß sie im Ernstfalle auch die Mehrheit für ihre Auffassung bekommt, wird es einer streikgegnerischen Bürokratie unmöglich sein, so wie jetzt beim Berliner Verkehrstreik, den Kampf abzuwürgen.

Hinein in die Gewerkschaften

Zum Unterschied zu der Taktik der letzten Jahre vertritt bekanntlich die KPD bzw. RGO jetzt auch wieder die Auffassung, daß man innerhalb der Gewerkschaften arbeiten muß. Aber sie hat bei dieser ihrer „taktischen Wendung“, wie immer, nur einen halben Schritt gemacht. Sie sagt zwar jetzt: „In den Gewerkschaften bleiben und dort arbeiten“, aber sie lehnt nach wie vor die Losung: „Hinein in die Gewerkschaften“ ab, und hat statt dessen nur die eine Losung: „Hinein in die RGO.“ Solange sie aber ihre Anhänger, besonders die große Zahl der Unorganisierten, nicht auffordert, in die Gewerkschaften einzutreten, wird es unmöglich sein, den revolutionären Einfluß in den Gewerkschaften auch nur zu halten, geschweige denn zu verstärken. Solange daher die KPD an ihrer jetzigen Taktik der Halbheit festhält, werden ihre ohnedies auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzenen Anhänger in den Gewerkschaften einen aussichtslosen Kampf führen. Diese Kollegen fühlen sehr wohl, daß sie unter diesen Umständen auf einem verlorenen Posten kämpfen, den sie lieber heute als erst morgen verlassen möchten. Dagegen helfen alle Moralpredigten der heute wieder einmal ganz anders redenden Thälmann, Ulbrich und Genossen gegen die „Fahnenflucht“ und das Davonlaufen aus den Gewerkschaften nichts. Nur wenn die in den Gewerkschaften arbeitenden revolutionären Mitglieder Zuwachs erhalten durch Masseneintritte bisher unorganisierter Arbeiter in die Freien Gewerkschaften, können sie ihre Position verstärken, wird es ihnen möglich sein, wieder in steigendem Maße Gewerkschaftsfunktionen zu besetzen und so auf die jetzt fast nur aus SPD-Kollegen bestehenden Funktionärskörper den notwendigen Einfluß zu bekommen.

Liquidierung der RGO ist notwendig

Diese Taktik bedingt aber gleichzeitig auch die revolutionäre Arbeit im Rahmen der gewerkschaftlichen Statuten und Verbandstagsbeschlüsse durchzuführen. D. h. Verzicht auf sogenannte selbständige Kampflinien neben den Gewerkschaften und auf selbständige „rote“ Betriebsratslisten, und alle Kraft darauf zu konzentrieren, die gewerkschaftliche Streikleitung und die ge-

werkschaftliche Betriebsratsliste mit revolutionären Kollegen zu besetzen. Kurz, diese Taktik bedeutet die Liquidierung der ganzen bisherigen RGO-Politik und die Durchführung einer zielbewußten revolutionären Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

Gerade die Geschichte der Berliner Verkehrsarbeiter zeigt die Richtigkeit der von uns aufgezeigten und stets vertretenen Taktik. Im Jahre 1927 wurde schon einmal ein Streik gegen den Willen der Gewerkschaftsführung in der Berliner Hoch- und Untergrundbahn durchgeführt. Auch damals wollte die Verbandsleitung den Kampf mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen abwürgen, aber damals hatte die revolutionäre Gewerkschaftsführung unter Führung des kommunistischen, freigewerkschaftlichen Betriebsrates Detje, wenn auch nicht die Mehrheit, so doch einen so starken Einfluß unter den freigewerkschaftlichen Funktionären, daß in der Funktionärversammlung gegen den Willen der Verbandsleitung der Streik mit erdrückender Mehrheit beschlossen wurde. Er dauerte damals nur einen Tag und endete mit einem fast vollkommenen Erfolg.

Man darf nur den Verlauf des damaligen Streiks mit dem jetzigen vergleichen, um zu erkennen, daß die heutige RGO-Taktik falsch ist und niemals zum Erfolg führen wird. Während andererseits in die von uns vertretene und bis 1928 auch von der KPD angewandte Taktik die einzig mögliche und zum Erfolg führende ist. Darum noch einmal: Schluß mit der RGO-Politik, alle Arbeiter hinein in die Gewerkschaften.

RGO und NSBO

Die Durchführung dieser wirklich revolutionären und leninistischen Taktik würde sofort auch das heute ganz unmögliche und die KPD kompromittierende Verhältnis der KPD bzw. RGO zu den Nazis grundlegend ändern. Wir wollen die KPD und RGO nicht unterstützen, daß sie bewußt ein Bündnis oder auch nur zeitweilige Kampfvereinigungen mit der NSBO will. Aber sie sieht sich bei ihrer antigewerkschaftlichen Stellung und bei der parteipolitischen Grundauffassung die Streiks zu unterstützen, immer häufiger in die unnatürliche Lage versetzt, daß außer ihr auch die Nazi-Proleten den Streik wollen, die Gewerkschaften unter ausschließlich reformistischer Führung den Streik aber verhindern wollen. Können und sollen in einer solchen Situation die RGO-Führer die „Bundesgenossenschaft“ der Nazis zurückweisen? Das ist bei ihrer antigewerkschaftlichen Taktik sehr schwer, ja manchmal gar nicht möglich. Jedem Kommunisten muß aber diese „Bundesgenossenschaft“ in höchstem Grade peinlich und beschämend vorkommen. Was, aber noch das Schlimmste an dieser unnatürlichen „Kampfgemeinschaft“ ist, das ist die Tatsache, daß die Nazi-Partei und ihre NSBO dadurch in den Augen der Arbeitermassen als eine regelrechte Arbeiterpartei oder eine Art Gewerkschaft legalisiert wird. Wir haben in früheren Aufsätzen in der „SAZ“ schon dargelegt, welche Gefahr das für die gesamte Arbeiterbewegung darstellt.

Wenn jedoch die KPD mit ihrem starken Anhang ihre RGO-Politik aufgibt und alle Kraft auf die Stärkung und Beeinflussung der

Gewerkschaften konzentriert, dann ist auch die logische Folge dieser Politik, daß die kommunistischen Arbeiter in ein immer engeres Verhältnis mit den sozialdemokratischen Kollegen kommen, daß hier die natürliche Einheitsfront zustande kommt; daß die Gewerkschaften die durch eine solche Arbeit die immer mehr im Sinne des Klassenkampfes umgestaltete Gewerkschaft zum Zentralpunkt aller entschlossen geführten Streiks gegen Lohnraub und Kapitalsdiktatur wird. Gegenüber dieser geschlossenen Front wird die NSBO niemals aufkommen, niemals irgendwelche Rolle spielen können, und alle irreführten Nazi-Proleten, die wirklich kämpfen wollen, werden sich dieser Front anschließen und sehr bald wieder die Hitler-Fahne verlassen.

Es ist daher klar, daß ein wirkungsvoller Kampf gegen den Reformismus sowohl, wie gegen den Faschismus nur geführt werden kann, wenn die falsche RGO-Politik nicht nur zu einem kleinen Teil, sondern ganz und reaktionslos aufgegeben wird. Kein Arbeiter darf sich daher durch das verurteilungswürdige Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführung im Berliner Verkehrstreik verleiten lassen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und in der RGO den richtigen Ersatz zu sehen. Es gilt vielmehr gerade jetzt, in den Gewerkschaften zu bleiben, ihnen neue Mitglieder zuzuführen und dort mit verstärkter Kraft zu arbeiten, damit es gelingt, die Mehrheit der Mitgliedschaft für den revolutionären Kampf, für zielbewußte Streiks gegen jeden Pfennig Lohnraub trotz und gegen die Schlichtungsinstanzen.

Die Lehren des Streikes in den BMW

Nach einer Streikdauer von drei Wochen wurde der Streik in den Bayerischen Motorenwerken abgebrochen. Das Ergebnis ist eine Niederlage für die Arbeiterschaft. Um die notwendigen Lehren aus diesem Kampfe zu ziehen, muß auf die Ursachen der Niederlagen näher eingegangen werden.

Seit Jahren führen in den BMW die SPD- und KPD-Betriebsfunktionäre einen scharfen, nicht immer sachlichen Kampf um die Führung im Betrieb. Der Zwiespalt verschärfte sich im Frühjahr 1931 mit der Aufstellung einer sogenannten „Roten Betriebsratsliste“ gegen die Liste der Freien Gewerkschaften. Nutznießer dieses Kampfes wurden die Faschisten und die Reformisten. Den KPD-Leuten ist es wohl gelungen, das Vertrauen zu den Freien Gewerkschaften zu untergraben und die Arbeiter vom DMV loszuziehen, sie brachten es aber nicht fertig, ihre RGO zu einem Machtfaktor aufzubauen. Zu Beginn des Streiks waren von der Belegschaft 28 Prozent im DMV organisiert, nur 3 Prozent gehörten der RGO an. Trotz der verhältnismäßigen Schwäche der RGO-Zelle hatte sie aber einen beträchtlichen Einfluß auf die Belegschaft, vor allem auf die Unorganisierten.

Als die Direktion der BMW am 14. Oktober den Anschlag anbrachte, daß infolge gemachter Neueinstellung die Löhne um 20 Prozent gekürzt werden sollten, sahen die DMV-Betriebsräte nur Verhandlungsmöglichkeiten. Die Direktion machte dem vorstellig gewordenen Betriebsrat nicht im geringsten Zugestanden. In einer sofort einberufenen Betriebsversammlung wurde von den Verhandlungen berichtet. Hilflos standen die DMV-Betriebsräte der Situation gegenüber. Die Empörung der Belegschaft war aufs höchste gestiegen. Hier setzten die RGO-Leute ein und stellten den Antrag, sofort geschlossen in den Streik einzutreten. Während der Betriebsratsvorsitzende die Versammlung verließ, beschloß die Belegschaft einstimmig den Streik. Die Masse der Unorganisierten als Mehrheit der Belegschaft stand hinter der kleinen RGO-Gruppe. Wenn die Direktion der BMW zum Nachgeben gezwungen werden könnte, hätte die RGO einen bedeutenden Sieg errungen. Die DMV-Führung versuchte deshalb, sich überall in die zu führenden Aktionen einzuschalten.

Auf der anderen Seite überschlug sich die KPD-Presse und die KPD-Führung vor Ueberheblichkeit. „BMW-Streik unter Führung der RGO“ — „Die IAH und die Rote Hilfe wird die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen“ — „Im Colosseum werden die Streikenden ausgespeist“ usw.

Die BMW-Arbeiter führten den Kampf einmütig und geschlossen. Jeder erfüllte seine Pflicht. Von der alten Belegschaft fand sich, obwohl alle die Entlassung zugestimmt erhielten, kein Prolet zum Streikbruch bereit. Es fanden sich leider im Laufe der Zeit eine ganze Anzahl betriebsfremder Streikbrecher. Die Angaben über ihre Zahl schwankt zwischen 80 und 200. Der guten Arbeit der Streikposten gelang es immer wieder, Streikbrecher zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen. Einmal verließen 20—30 Streikbrecher geschlossen den Betrieb und erklärten sich mit den Streikenden solidarisch.

Anstatt daß der DMV-Bevollmächtigte Glade danach trachtete, die Führung des Streiks durch den DMV zu übernehmen und die Unorganisierten für den Verband zu gewinnen, sorgte er von Anfang an für eine flauve Stimmung. Bereits in den ersten Tagen des Streiks versuchte er die staatlichen Schlichtungsinstanzen zum Eingreifen zu bewegen. Diesen Vorfälle mußte die Direktion

der BMW als eine Schwäche der Streikenden auslegen. Auch in der Streikversammlung der im DMV organisierten Arbeiter am 24. Oktober schwächte Glade den Streikwillen der Belegschaft, indem er erklärte, daß die Unorganisierten doch von den paar Mark, die sie vom Solidaritätsausschuß erhalten sollen, nicht leben können und daß so ein längerer Streik unmöglich ist usw. Zugleich brachte er aber Glade fertig, die von DMV-Betriebsräten für die Streikenden gesammelten 1250 RM in den Geldschrank zu sperren, anstatt diese Streikmitteln sofort dem Solidaritätsausschuß zur Unterstützung der Streikenden zu überweisen. Als Grund für diese den Streik schädigende Handlung führt der Kollege Glade an, daß bei den Sammlungen und im Solidaritätsausschuß Unregelmäßigkeiten vorgekommen wären. Anläßlich des vom Kollegen Glade geführten Streikes bei den Wamsler-Werken wurden die zwei Drittel der streikenden unorganisierten Kollegen nicht nur von Sammelgeldern, sondern auch von direkten Verbandsgeldern unterstützt. Der Erfolg war, daß die Belegschaft nach dem Streik zu 90 Prozent organisiert werden konnte. Diese Streiktaktik halten wir auch heute noch für richtig. Mindestens mußten die Sammelgelder sofort an die Streikenden zur Auszahlung kommen. Jetzt ist die sofortige Unterstützung der entlassenen und gemäßigten Kollegen mit Hilfe der gesammelten Gelder das Gebot der Stunde.

Am 28. Oktober fanden mit der Direktion der BMW Verhandlungen statt. Das Ergebnis war ein sofortiger Lohnabbau von 5 Prozent für die 31.—40. Arbeitsstunde und Einstellung der Entlassenen nur nach Bedarf. Wenn weitere Neueinstellungen vorgenommen werden, dann soll der Abbau für die 31.—40. Arbeitsstunde nicht mehr als 20 Prozent betragen. Für die wieder Eingestellten werden die alten Rechte (Urlaub) anerkannt. Kollege Glade berichtete am 29. Oktober in einer vom DMV einberufenen Versammlung über die Verhandlungen. Er verstand es, durch stundenlange Schwarzmalerei eine schwache Mehrheit für den Abbruch des Streikes zu erzielen. Kurz nach diesem Beschluß teilte Kollege Glade der Direktion der BMW mit, daß der Streik beendet sei und die Werksleitung dafür Sorge tragen solle, daß die Arbeit am Montag aufgenommen werden könne. Ein vom Streikausschuß einberufener Appell wurde von der Polizei verboten. — Zu Beginn des Streiks stand die Belegschaft geschlossen gegen die Werksleitung, am Ende war es ein Kampf zwischen DMV und RGO, zwischen SPD und KPD. Der lachende Dritte ist die Direktion der BMW.

Metallarbeiterkollegen, lernt aus dem BMW-Streik! Zur erfolgreichen Führung eines Streiks gehört nicht nur eine gefühlsmäßige Einheitsfront, die bei der ersten Belastungsprobe zerbricht. Ihr gehört alle in den DMV. Die RGO als Organisation wird immer ein ohnmächtiges Gebilde bleiben. Verbannt den Bruderkampf aus den Betrieben. Einigt euch auf revolutionärer Grundlage in den Gewerkschaften. Nur eine einige, gewerkschaftlich gut organisierte Belegschaft kann die Gewerkschaften zur Sanktionierung eines Streiks zwingen. Kr.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Papen „rettet“ den Mittelstand 60 Wirte verüben Selbstmord — Jade sechste Wirtschaft vor der Zwangsversteigerung

Recklinghausen, 10. November. Nach den Erhebungen der Arbeitsgemeinschaft der Westlichen Wirtevereinigungen befinden sich in den einzelnen Orten des Recklinghauser Bezirks 15% aller Wirte in Zwangsverwaltung oder stehen vor der Zwangsversteigerung. Nach der Gesamtzahl der vorhandenen Wirtschaften in diesem Bezirk bedeutet das, daß jeder sechste Wirt vor der Zwangsversteigerung steht. Der Provinzialwirteverband von Westfalen stellt fest, daß in den letzten Monaten mehr als 60 Wirte ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende bereitet haben. Die Lage für das Wirtengewerbe würde schier unerträglich, wenn nicht ein fühlbarer Abbau der Steuern erfolge.

Nationalisierung mexikanischer Bodenschätze

Mexiko, 9. November. WTB. Die mexikanische Regierung hat ein Dekret erlassen, durch das die Bodenschätze an Gold, Kupfer, Antimon, Quecksilber, Aluminium, Phosphaten, Salpeter, Kohle, Platin, Eisen und Wismuth nationalisiert werden. Das Dekret soll zum Ausdruck bringen, daß die genannten Bodenschätze als Nationalreserven zu betrachten sind. Man will wissen, daß die gegenwärtigen Mineral- und Erdölkonzessionen die sich in den Händen von Ausländern befinden, unberührt bleiben.

Dieses Dekret ist ein neuer Versuch der jetzt wieder unter dem Einfluß des früheren Präsidenten Calles stehenden mexikanischen Regierung, den Kampf gegen das ganz Mexiko ausbeutende ausländische Kapital. In einem früheren derartigen Dekret würden auch alle Oelvorkommen als Nationaleigentum erklärt. Aber dagegen ließ das englische und amerikanische Oelkapital alle Minen springen. Es erreichte durch von ihm angezettelte konterrevolutionäre Aktionen den Sturz von Calles und die Aufhebung des Dekrets. Aus diesem Grund will wohl jetzt Calles „vorsichtiger“ vorgehen und zunächst die ausländischen Oelkonzessionen unberührt lassen.

Achtung! Achtung!
An alle Einzelbezieher!
Das Bezugsgeld für November ist fällig! Pünktliche Bezahlung sichert pünktliche Lieferung der „SAZ“. Alle Zahlungen sind zu richten an Walter Geburt, Breslau 6, Postscheckkonto 75 789.
„SAZ“-Geschäftsleitung.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inzerate Herbert Scholz, Breslau. Verlag „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG, Breslau, Neue Graupenstraße 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe
Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 75 789 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.
Inzeratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe
Telephon 206 02
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2 10 und RM 0 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2 10 und RM 0 35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2 10 zuzüglich RM 1 30 Porto monatlich.